

Öffentliche Haushalte 2000/2001: Expansive Impulse durch die Steuerreform	567
Unternehmensorientierte Dienstleister: Noch Nachholbedarf bei der Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnik	585

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 36/2000

Berlin

7. September 2000

67. Jahrgang

Öffentliche Haushalte 2000/2001: Expansive Impulse durch die Steuerreform

Spätestens seit 1997 befinden sich die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden auf striktem Konsolidierungskurs. Trotz zeitweise widriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen haben die Gebietskörperschaften ihre Defizite drastisch abgebaut, von 120 Mrd. DM (1996) auf 55 Mrd. DM (1999).¹ Als Folge dieser Restriktion mussten Einbußen beim Wirtschaftswachstum hingenommen werden.

In diesem Jahr wird der restriktive Kurs fortgesetzt. Gleichzeitig fließen dem Staat konjunkturbedingte Mehreinnahmen zu. Allerdings verringern sich die Defizite nur wenig — auf 53 Mrd. DM —, weil Sondererlöse wirksam sind. Die Erlöse aus der UMTS-Versteigerung in Höhe von 100 Mrd. DM werden sowohl in der Finanzstatistik als auch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum Zeitpunkt der Lizenzvergabe, also noch in diesem Jahr, in voller Höhe saldenwirksam; dies führt zu einem Überschuss in Höhe von 46 Mrd. DM.² Für 2001 sind die finanzpolitischen Weichen auf Expansion gestellt: Die Steuerreform wird Unternehmen und private Haushalte um 45 Mrd. DM entlasten. In ihren unmittelbaren Impulsen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind die Steuersenkungen weitaus höher zu veranschlagen als die geplanten Einsparungen auf der Ausgabenseite. Bund, Länder und Gemeinden dürften im nächsten Jahr ein Defizit von über 70 Mrd. DM aufweisen.

Mit den steuerpolitischen Beschlüssen vom Dezember vergangenen Jahres und deren Durchsetzung im Bundestag und Bundesrat ist der Bundesregierung politisch ein Befreiungsschlag gelungen. Auf der Endstufe der Steuerreform, die 2005 erreicht wird, werden die privaten Haushalte und Unternehmen um reichlich 60 Mrd. DM pro Jahr entlastet; dies entspricht nahezu 1½ % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die letzte große — dreistufige — Steuerreform der Jahre 1986, 1988 und 1990 hatte ein Volumen von 44 Mrd. DM, dies waren 1,8 % des BIP.³ In diesem Zeitraum sank die gesamtwirtschaftliche Steuerquote⁴ von 25,2 % (1985) auf 23,6 % (Abbildung 1). Auch in früheren Jahren hat es in regelmäßigen Abständen Steuerentlastungen gegeben, die gewährleisteten, dass die Steuerquote trotz der in den Einkommensteuertarif eingebauten Progression weitgehend konstant geblieben

ist. Mit den jüngsten Steuerbeschlüssen ist der Weg zu

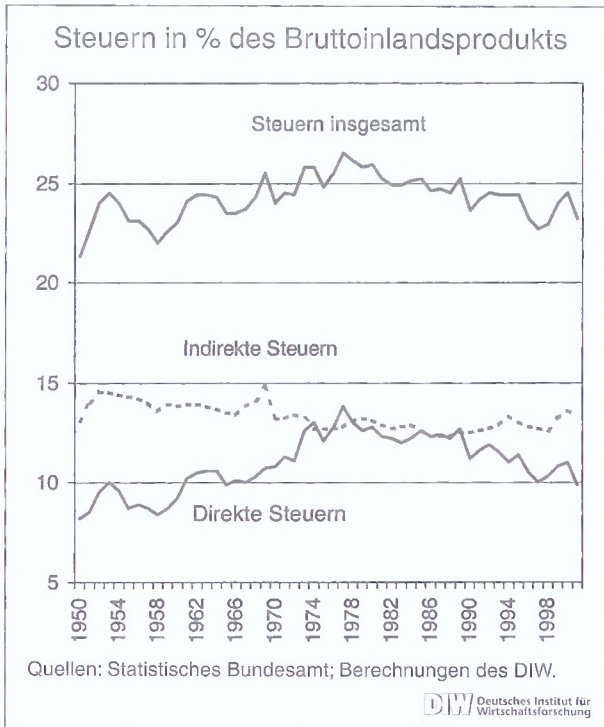
¹ In finanzstatistischer Abgrenzung. In Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beliefen sich die Defizite auf 109 bzw. 57 Mrd. DM.

² Nach einer Entscheidung von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, werden die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) als Verkauf eines immateriellen nichtproduzierten Wirtschaftsgutes zum Zeitpunkt der Lizenzvergabe in voller Höhe im Jahre 2000 gebucht. Vgl. Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse, 17. August 2000.

³ Vgl. Finanzierungsalternativen und mögliche Auswirkungen der Steuerreform 1990 auf Gesamtwirtschaft und öffentliche Haushalte. Bearb.: Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/1987.

⁴ In Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR).

Abbildung 1



einer historisch einmalig niedrigen Steuerquote geendet. Dabei setzt sich der Trend sinkender direkter Steuern — relativ zum Bruttoinlandsprodukt — fort, während sich die Belastung mit indirekten Steuern aufgrund des Einflusses der Ökosteuern kaum verringert; die spezifischen Verbrauchssteuern entwickeln sich unterdurchschnittlich zum BIP.

Wie bei der letzten großen Reform ist auch diesmal nicht vorgesehen, die Entlastungen über Kredite zu finanzieren. Vielmehr sollen die Mittel weitgehend durch Kürzungen auf der Ausgabenseite aufgebracht werden. Ende der 80er Jahre war der Anteil der Ausgaben der Gebietskörperschaften am BIP um einen Prozentpunkt gesunken, was freilich durch einen breiten Konjunkturaufschwung erleichtert worden war. Anfang der 90er Jahre wurden die Sparpläne dagegen von dem Vereinigungsprozess durchkreuzt. Stärker als damals scheint der Zwang zu Ausgabekürzungen heute auch deshalb zu sein, weil Deutschland sich im Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin verpflichtet hat, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen.

Freilich gibt es unterschiedliche Ansätze, dieses Ziel zu erreichen, wenngleich keiner dieser Wege „sicher“ ist. Einmal könnte die Finanzpolitik einen expansiven Kurs einschlagen, indem sie die Steuersenkungen über Kredite finanziert und auf kompensierende Ausgabekürzungen verzichtet. Kommt es zu einem breiten Aufschwung, sprudeln die Steuerquellen, und die Defizite können „quasi-automatisch“ abgebaut werden. Die Frage ist hier, ob der

finanzpolitische Impuls solch einen Aufschwung in Gang zu setzen vermag. In einem föderalen Staat kommt es zudem darauf an, dass alle Haushaltsebenen an einem Strang ziehen und eine gleich gerichtete Politik verfolgen. Der andere Weg besteht darin, die Steuersenkungen zu einem gewichtigen Teil über Ausgabekürzungen zu finanzieren. Danach verringert die Politik zwar das Defizitrisiko, doch vermindert sich zugleich die Chance auf einen breit angelegten Konjunkturaufschwung, denn die Senkung der Ausgaben entzieht dem Wirtschaftskreislauf Kaufkraft. Auch erschweren es die nachteiligen Rückwirkungen des geschwächten Wachstums auf die Einnahmen des Staates und die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, das Ziel der Kürzungen, den Defizitabbau, in der gewünschten Größenordnung zu erreichen. Die Finanzpolitik hat den zweiten Weg eingeschlagen: Der Bund hatte bereits im Vorjahr ein Sparpaket beschlossen, das erhebliche Einsparungen für die Jahre 2000 und 2001 vorsieht; ebenso werden die Länder wie auch deren Gemeinden auf die Ausgabenbremse treten.

Unternehmens- und Einkommensteuerreform 2001/2005

Im Juli 2000 hat der Bundesrat nach langen Diskussionen und kontroversen Verhandlungen dem Vermittlungsergebnis zur Steuerreform zugestimmt. Diese Reform, die am 1. Januar 2001 wirksam wird, besteht aus zwei Teilen — einer Systemumstellung bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften und Anteilseignern sowie einer Senkung der Einkommensteuer in drei Stufen bis zum Jahre 2005.

Für die Kapital- und Personengesellschaften ergeben sich folgende Änderungen (Tabelle 1):

- Vom Jahre 2001 an wird der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne einheitlich auf 25 % gesenkt (bisher 40 % bzw. 30 %).
- Bei der Dividendenbesteuerung wird das System der Vollerhebung der Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuerschuld durch das so genannte Halbeinkünfteverfahren ersetzt, d. h. die Körperschaftsteuer ist definitiv; dafür müssen die Anteilseigner nur noch die Hälfte der Netto-Dividende (Brutto-Dividende minus 25 % Körperschaftsteuer) der Einkommensteuer unterwerfen.
- Von 2002 an bleiben Unternehmensgewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei, wenn eine Haltefrist von mindestens einem Jahr eingehalten wird.
- Die privaten Anteilseigner können Unternehmensanteile wie bisher steuerfrei veräußern, wenn die Spekulationsfrist von einem Jahr eingehalten wird. Allerdings dürfen die Anteilseigner nicht wesentlich an

dem Unternehmen beteiligt sein. Die Grenze, von der an eine wesentliche Beteiligung anzunehmen ist, wird vom Jahre 2002 an von 10 % auf 1 % gesenkt.

- Personenunternehmen unterliegen wie bisher der Einkommensbesteuerung. Sie können nicht — wie zunächst vorgesehen — für die Besteuerung als Kapitalgesellschaft optieren.
- Jenen Unternehmen, die Gewerbesteuer zahlen, wird eine pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer auf

die Einkommensteuerschuld gewährt; sie beträgt das 1,8fache des Gewerbesteuermessbetrags. Damit sollen die meisten Unternehmen voll von der Gewerbesteuer entlastet werden.

- Bei Betriebsveräußerungen können Unternehmer einmal im Leben — vom 55. Lebensjahr an — einen Freibetrag in Anspruch nehmen, der sich von 60 000 DM auf 100 000 DM erhöht. Zudem wird nach dem Ergebnis im Vermittlungsausschuss für Betriebsveräuße-

Tabelle 1

Finanzielle Auswirkungen der Steuerreform 2000
Steuerminder- (-) und Steuermehreinnahmen (+) in Mill. DM

	Entstehungsjahr	Rechnungsjahr					
		2001	2002	2003	2004	2005	2006
Reform des Einkommensteuertarifs	-51 890	-28 395	1 255	-13 845	-13 210	-51 520	-52 840
Vorziehen des Einkommensteuertarifs 2002 ¹⁾	-(27 840)	-28 655	1 355	-540	-	-	-
Einkommensteuertarif 2003 ²⁾	-(13 475)	-	-	-13 600	-13 480	110	-410
Einkommensteuertarif 2005 ³⁾	-52 170	-	-	-	-	-51 910	-52 710
Umstellung des ESt-Tarifs von DM-Basis auf Euro-Basis ohne Tabellenstufen	280	260	-100	295	270	280	280
Reform der Unternehmensbesteuerung (netto)	-10 575	-16 995	-20 465	-15 495	-11 840	-11 240	-14 385
1. Kapitalgesellschaften	-20 445	-18 245	-27 905	-28 400	-27 025	-26 975	-27 060
Senkung des KSt-Satzes von 40 % auf 25 %	-13 965	-11 260	-14 600	-15 890	-17 135	-18 435	-19 840
Senkung des KSt-Ausschüttungssatzes von 30 % auf 25 %	-1 980	-5 340	-4 715	-3 280	-3 185	-3 415	-3 685
Senkung des Kapitalertragsteuersatzes von 25 % auf 20 %	-1 115	-	-3 165	-2 420	-895	-615	-660
Ersetzung des Anrechnungsverfahrens durch das Halbeinkünfteverfahren	4 985	-	3 905	5 080	5 585	5 855	6 485
Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen	-4 240	-1 590	-3 390	-4 120	-4 240	-4 240	-4 240
Übergang vom Vollarrechnungsverfahren zur Definitivbesteuerung	-4 115	-	-5 425	-6 830	-6 055	-5 080	-4 105
Sonstige Steuerrechtsänderungen ⁴⁾	-1 015	-55	-515	-940	-1 100	-1 045	-1 015
2. Personengesellschaften	-6 065	-3 980	-5 355	-6 610	-6 435	-6 595	-6 740
Ermäßigung der ESt mit dem 1,8fachen des Gewerbesteuermessbetrags	-9 915	-6 940	-9 220	-12 110	-11 915	-12 765	-13 700
Abschaffung der Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte bei der ESt	5 160	3 610	4 800	6 655	6 765	7 480	8 270
Sonstige Steuerrechtsänderungen ⁵⁾	-1 310	-650	-935	-1 155	-1 285	-1 310	-1 310
Reform der Unternehmensbesteuerung (brutto)	-26 510	-22 225	-33 260	-35 010	-33 460	-33 570	-33 800
3. Finanzierungsmaßnahmen	15 935	5 230	12 795	19 515	21 620	22 330	19 415
Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Anlagegüter von 30 % auf 20 %	12 985	5 400	10 890	14 785	14 400	13 060	13 075
Senkung der linearen Abschreibung für Gebäude von 4 % auf 3 %	525	-	235	805	1 280	1 670	2 085
Anpassung der amtlichen Abschreibungstabellen an realitätsnähere Nutzungsdauern	3 450	715	2 660	5 150	6 990	8 560	5 220
Sonstige Steuerrechtsänderungen ⁶⁾	-1 025	-885	-990	-1 225	-1 050	-960	-965
Steuerreform 2000 insgesamt	-62 465	-45 390	-19 210	-29 340	-25 050	-62 760	-67 225

¹⁾ Grundfreibetrag 14 000 DM; Eingangssteuersatz 19,9 %; Spitzensteuersatz 48,5 %. — ²⁾ Grundfreibetrag 14 500 DM; Eingangssteuersatz 17 %; Spitzensteuersatz 47 %. — ³⁾ Grundfreibetrag 15 000 DM; Eingangssteuersatz 15 %; Spitzensteuersatz 42 %. Einschl. Wiedereinführung des halben Steuersatzes für Betriebsveräußerungen für ausscheidende Unternehmer einmal im Leben. — ⁴⁾ Neuregelung der Besteuerung von Organgesellschaften, Senkung der Beteiligungsgrenze für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Kapitalgesellschaften von 10 % auf 1 %, Einbeziehung der Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften in das Halbeinkünfteverfahren. — ⁵⁾ Erhöhung des Freibetrags für Veräußerungen von Personenunternehmen von 60 000 DM auf 100 000 DM, Wiedereinführung des Mitunternehmererlasses. — ⁶⁾ Verschärfung der Regelungen zur Gesellschafter-Fremdfinanzierung, Beibehaltung der Anparabschreibung nach § 7 g EStG.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

22 Mrd. DM veranschlagt sind. Die Gegenfinanzierungsmaßnahmen schlagen mit 5 Mrd. DM zu Buche (Tabelle 1). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass diese Maßnahmen teilweise erst 2002 bzw. — wegen der Verzögerungen im Veranlagungsverfahren — in noch späteren Jahren voll wirksam werden. Für 2005 werden aus den Finanzierungsmaßnahmen Mehreinnahmen von über 22 Mrd. DM erwartet.

Von den Gebietskörperschaften haben der Bund und die Länder den Großteil der Steuermindereinnahmen zu tragen (Tabelle 2). Während die Gemeinden im kommenden Jahr etwa 4,5 Mrd. DM Mindereinnahmen in ihre Haushalte einstellen müssen, wird der Bund mit knapp 22 Mrd. DM belastet; auf die Länder entfallen 19 Mrd. DM.

Einnahmen 2000 und 2001

Die Steuereinnahmen entwickelten sich in den ersten sieben Monaten dieses Jahres überraschend dynamisch; Bund, Länder und EU konnten in diesem Zeitraum Mehr-

einnahmen von fast 6 % gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode verbuchen. Die zahlreichen Steuerrechtsänderungen, die im vergangenen und in diesem Jahr wirksam geworden sind, bescherten den Steuerzahlern sowohl Entlastungen — vor allem für Arbeitnehmer — als auch Belastungen. Steuererhöhend wirkten die ökologische Steuerreform und die Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen, insbesondere für Unternehmen und Selbständige.

Zum 1. Januar 2000 ist die zweite Stufe des Steueränderungsgesetzes 1999/2000/2002 in Kraft getreten. Der steuerliche Grundfreibetrag ist von 13 067 DM auf 13 499 DM angehoben worden; darüber hinaus wurden der Eingangssteuersatz von 25,9 % auf 23,9 % und der Spitzensteuersatz von 53 % auf 51 % gesenkt. Auch wurde das Kindergeld, das aus dem Lohnsteueraufkommen finanziert wird, erhöht. Zur Gegenfinanzierung sind die steuerlichen Bemessungsgrundlagen vielfach verbreitert worden; im Zuge der Einkommensteuerveranlagungen wird dies mehr und mehr kassenwirksam. Die Mehreinnahmen werden für 2000 auf 24 Mrd. DM geschätzt, nach knapp 11 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Die finanziellen

Tabelle 2

Finanzielle Auswirkungen der Steuerreform 2000 nach Steuerarten und Gebietskörperschaften Steuerminder- (-) und Steuermehreinnahmen (+) in Mill. DM

	Entstehungsjahr	Rechnungsjahr					
		2001	2002	2003	2004	2005	2006
Lohnsteuer ¹⁾	-37 175	-24 345	-2 290	-10 770	-11 940	-40 340	-44 640
Westdeutschland	-33 299	-21 405	-2 013	-9 318	-10 329	-36 103	-39 986
Ostdeutschland	-3 876	-2 940	-277	-1 452	-1 611	-4 237	-4 654
Einkommensteuer ¹⁾	-11 640	-5 625	1 630	-1 925	1 605	-6 210	-3 175
Westdeutschland	-10 721	-5 171	1 069	-2 046	1 083	-5 918	-3 041
Ostdeutschland	-919	-454	561	121	522	-292	-134
Körperschaftsteuer	-13 610	-14 885	-19 985	-19 930	-18 770	-18 640	-20 125
Westdeutschland	-13 413	-14 217	-19 319	-19 551	-18 527	-18 435	-19 683
Ostdeutschland	-197	-668	-666	-379	-243	-205	-442
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-2 030	-	-1 720	-2 030	-2 240	-2 470	-2 720
Westdeutschland	-1 914	-	-1 620	-1 912	-2 111	-2 328	-2 564
Ostdeutschland	-116	-	-100	-118	-129	-142	-156
Solidaritätszuschlag	-3 405	-2 335	-1 235	-1 880	-1 695	-3 580	-2 745
Westdeutschland	-3 139	-2 129	-1 208	-1 782	-1 616	-3 327	-3 466
Ostdeutschland	-266	-206	-27	-98	-79	-253	721
Gewerbesteuer	5 395	1 800	4 390	7 195	7 990	8 480	7 180
Westdeutschland	4 053	1 326	3 293	5 489	6 122	6 520	5 503
Ostdeutschland	1 342	474	1 097	1 706	1 868	1 960	1 677
Steuermindereinnahmen insgesamt	-62 465	-45 390	-19 210	-29 340	-25 050	-62 760	-66 225
Bund	-28 826	-21 729	-10 398	-15 020	-12 882	-30 094	-32 186
Länder	-24 841	-19 200	-8 698	-12 528	-10 497	-25 778	-27 846
Gemeinden	-8 798	-4 461	-114	-1 792	-1 671	-6 888	-6 193

¹⁾ Da die finanziellen Auswirkungen der Steuerreform 2000 gegenüber dem geltenden Recht angegeben sind, führt das Vorziehen der Stufe 2002 nur im Jahre 2001 zu Mindereinnahmen, nicht aber in den Folgejahren. Die Stufe 2002 ist bereits im Steueränderungsgesetz 1999/2000/2002 beschlossen worden und somit geltendes Recht.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 3

Steuereinnahmen in den Jahren 1999 bis 2001

	Westdeutschland ¹⁾			Ostdeutschland ²⁾			Insgesamt			Westdeutschland ¹⁾		Ostdeutschland ²⁾		Insgesamt	
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Schätzung					
	Mrd. DM									Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Gemeinschaftliche Steuern	592,7	-	-	36,3	-	-	629,0	655,4	629,6	-	-	-	-	4,2	-3,9
Lohnsteuer ³⁾	242,1	246,0	239,1	19,6	18,8	17,0	261,7	264,8	256,1	1,6	-2,8	-4,1	-9,6	1,2	-3,3
Veranlagte Einkommensteuer ³⁾	26,8	32,0	21,8	-5,5	-5,4	-6,1	21,3	26,6	15,7	19,4	-31,9	-1,8	13,0	24,9	-41,0
Nicht veranl. Steuern v. Ertrag ⁴⁾	21,5	23,5	24,5	0,6	0,8	0,8	22,1	24,3	25,3	9,3	4,3	33,3	0,0	10,0	4,1
Zinsabschlag ⁵⁾	11,6	13,5	14,7	0,2	0,3	0,4	11,8	13,8	15,1	16,4	8,9	50,0	33,3	16,9	9,4
Körperschaftsteuer ⁴⁾	42,7	46,0	27,8	1,1	1,4	1,5	43,8	47,4	29,3	7,7	-39,6	27,3	7,1	8,2	-38,2
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	248,0	-	-	20,3	-	-	268,3	278,5	288,1	-	-	-	-	3,8	3,4
Zölle	X									X					
Bundessteuern	X									X					
Mineralölsteuer	X									X					
Stromsteuer	X									X					
Tabaksteuer	X									X					
Branntweinabgabe	X									X					
Versicherungsteuer	X									X					
Solidaritätszuschlag	X									X					
Sonstige	X									X					
Ländersteuern	33,5	33,0	34,2	4,8	4,4	4,7	38,3	37,4	38,9	-1,5	3,6	-8,3	6,8	-2,3	4,0
Kraftfahrzeugsteuer	11,8	11,2	13,2	2,0	2,0	2,3	13,8	13,2	15,5	-5,1	17,9	0,0	15,0	-4,3	17,4
Erbschaftsteuer	5,9	6,2	6,5	0,1	0,1	0,1	6,0	6,3	6,6	5,1	4,8	0,0	0,0	5,0	4,8
Grunderwerbsteuer	9,8	9,8	9,1	2,0	1,5	1,5	11,8	11,3	10,6	0,0	-7,1	-25,0	0,0	-4,2	-6,2
Sonstige	6,0	5,8	5,4	0,7	0,8	0,8	6,7	6,6	6,2	-3,3	-6,9	14,3	0,0	-1,5	-6,1
Gemeindesteuern	65,5	65,2	67,4	5,9	6,5	7,2	71,4	71,7	74,6	-0,5	3,4	10,2	10,8	0,4	4,0
Gewerbsteuer	49,5	48,8	50,5	3,4	3,9	4,5	52,9	52,7	55,0	-1,4	3,5	14,7	15,4	-0,4	4,4
Grundsteuern	14,6	14,9	15,4	2,3	2,4	2,5	16,9	17,3	17,9	2,1	3,4	4,3	4,2	2,4	3,5
Sonstige	1,4	1,5	1,5	0,2	0,2	0,2	1,6	1,7	1,7	7,1	0,0	0,0	0,0	6,3	0,0
Kassenmäßige Steuern insgesamt	-	-	-	-	-	-	886,2	924,8	908,0	-	-	-	-	4,4	-1,8
In der Abgrenzung der Finanzstatistik ⁷⁾															
darunter: Bund ^{8), 9), 10), 11)}	-	-	-	-	-	-	388,3	410,5	403,9	-	-	-	-	5,7	-1,6
Länder ^{8), 9), 11), 12), 14)}	297,2	308,0	296,5	64,1	65,5	64,5	361,3	373,5	361,0	3,6	-3,7	2,2	-1,5	3,4	-3,3
Gemeinden ^{13), 14)}	91,6	93,2	92,7	8,2	8,3	8,8	99,8	101,5	101,5	1,7	-0,5	1,2	6,0	1,7	0,0

¹⁾ Westdeutschland einschließlich Westberlin. — ²⁾ Ostdeutschland einschließlich Ostberlin. — ³⁾ Beteiligungsverhältnis: Bund 42,5 %, Länder 42,5 %, Gemeinden 15 %. — ⁴⁾ Beteiligungsverhältnis: Bund 50 %, Länder 50 %. — ⁵⁾ Beteiligungsverhältnis: Bund 44 %, Länder 44 %, Gemeinden 12 %; Zerlegung West- und Ostdeutschland: 91%/9 %. — ⁶⁾ Bund vorab 5,63 %; vom Rest: Gemeinden vorab 2,2 %; vom verbleibenden Rest: 1999: Bund 50,5 %, Länder 49,5 %; ab 2000: Bund 50,25 %, Länder 49,75 %. Aufteilung auf West- und Ostdeutschland im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs. — ⁷⁾ Ohne EU-Anteile, einschl. steuerähnlicher Abgaben. In der Finanzstatistik werden West- und Ostberlin zu Westdeutschland gezählt. — ⁸⁾ USt-Verteilung Fonds Deutsche Einheit beim Bund zu-, bei den Ländern abgesetzt. — ⁹⁾ Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder beim Bund ab- und bei den Ländern zugesetzt. — ¹⁰⁾ EU-MWSt-Eigenmittel und EU-BSP-Eigenmittel abgesetzt. — ¹¹⁾ Einschließlich Gewerbesteuerumlage. Beteiligungsverhältnis: Bund: 19/45, Länder: 26/45. — ¹²⁾ Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — ¹³⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten und nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ¹⁴⁾ Einschließlich Beteiligung der westdeutschen Gemeinden am Fonds Deutsche Einheit über Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an die westdeutschen Länder. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW.

Auswirkungen aller Steuergesetze, die 1999 und 2000 wirksam geworden sind — also auch die Einführung der Ökosteuer —, summieren sich in diesem und im nächsten Jahr per saldo auf Mehreinnahmen von jeweils etwa 7 Mrd. DM.

Bei der Prognose des Steueraufkommens⁵ für 2000 und 2001 wird unterstellt, dass das nominale Bruttoinlandsprodukt um 3,2 % bzw. 3,8 % zunehmen wird.⁶ Die Brutto-

(Fußnoten siehe Seite 573)

lohn- und -gehaltsumme als wichtige Schätzgröße für die Lohnsteuer dürfte in diesem Jahr um 2,5 % und im nächsten um 3 % steigen.

Das Aufkommen der *Lohnsteuer* wird in diesem Jahr durch eine weitere Anhebung des Kindergeldes (-3,8 Mrd. DM) und die zweite Stufe des Steueränderungsgesetzes 1999/2000/2002 (-8,7 Mrd. DM) gedrückt. Hinzu kommt, dass die Lohnabschlüsse nochmals moderat ausgefallen sind. Entsprechend haben die Kasseneinnahmen in Deutschland bis Juli nur geringfügig zugenommen (1,8 %); bereinigt um das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld ist die Zunahme nur unwesentlich höher (2,1 %). Während das Lohnsteueraufkommen in Westdeutschland expandierte (2,3 %), gab es in Ostdeutschland einen spürbaren Rückgang bei den Kasseneingängen (-5,1 %); ursächlich dafür ist der in Ostdeutschland noch immer deutlich höhere Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen. Die steuerlichen Entlastungen schlagen dort relativ stärker zu Buche, und auch das Kindergeld drückt die Lohnsteuereingänge vergleichsweise kräftig. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die Expansion der Brutto Lohn- und -gehaltsumme bundesweit etwas abschwächen; dies wird sich beim Lohnsteueraufkommen niederschlagen. Alles in allem wird die Lohnsteuer in diesem Jahr um 1,3 % zunehmen; im Vergleich zur Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom Mai 2000 bedeutet dies Mehreinnahmen von gut einer Milliarde DM. Im nächsten Jahr wird die Lohnsteuer im Zeichen der Steuerreform 2000 stehen, die den Lohnsteuerzahlern eine kräftige Entlastung bringen wird. Im Endergebnis dürfte die Lohnsteuer 2001 etwa 10 Mrd. DM niedriger sein als in diesem Jahr (-3,3 %).

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen wird besonders von der Dynamik der Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag) geprägt. Bis Juli ha-

ben die Gewinnsteuern in Deutschland kassenmäßig um insgesamt 22,6 % zugenommen. Ausschlaggebend sind zum einen die guten Unternehmensgewinne, die mit deutlich höheren Vorauszahlungen einhergehen. Aber auch steuertechnische Gründe spielen eine wichtige Rolle: Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen greift bei den Veranlagungen immer mehr. Hinzu kommt, dass die Erstattungsbeträge rückläufig sind.

Allein die *veranlagte Einkommensteuer* in Westdeutschland fiel um fast 65 % höher aus als ein Jahr zuvor; dies bedeutete Mehreinnahmen von mehr als 3,6 Mrd. DM. Eine wesentliche Rolle hat dabei gespielt, dass die Erstattungen an Arbeitnehmer leicht und diejenigen des Bundesamtes für Finanzen — z. B. für nicht steuerpflichtige Ausländer — kräftig rückläufig waren; bereinigt um diese Beträge errechnet sich eine Zunahme im Bruttoaufkommen von etwas mehr als 14 % (Tabelle 4).⁷ Für die Jahresschätzung ist unterstellt, dass sich die Dynamik in den verbleibenden Monaten etwas abschwächt, nicht zuletzt deshalb, weil die Einkommensteuerpflichtigen versuchen dürften, ihre Einkünfte ins nächste Jahr zu

⁵ Bei der Schätzung der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz wird es künftig keine getrennte Schätzung für Ost- und Westdeutschland mehr geben. Der Grund liegt darin, dass das Statistische Bundesamt die gesamtwirtschaftlichen Größen nur noch für Deutschland insgesamt ausweist und deshalb eine fundierte Schätzung für Ost und West nicht möglich ist. Während die monatlichen Eingänge bei der Lohnsteuer in der Kassenstatistik noch nach Ost und West ausgewiesen werden, gibt es diese Trennung bei der Einfuhrumsatzsteuer nicht mehr.

⁶ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2000/2001. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/2000.

⁷ Nach § 46 EstG wird eine Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit dann vorgenommen, wenn bestimmte Voraussetzungen, z. B. andere Einkunftsarten, vorliegen. Werden beispielsweise Verluste aus Vermietung und Verpachtung geltend gemacht, so kann es zu Erstattungen kommen.

Tabelle 4

Veranlagte Einkommensteuer von Januar bis Juli in den Jahren 1999 und 2000

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Deutschland		
	1999	2000	Veränderung in %	1999	2000	Veränderung in %	1999	2000	Veränderung in %
	Mrd. DM			Mrd. DM			Mrd. DM		
Kassenmäßiges Aufkommen	5,62	9,24	64,4	-4,31	-4,25	-	1,31	4,99	281,1
+ Investitionszulage	0,02	0,10	438,9	0,15	0,49	229,3	0,17	0,59	251,8
+ Erstattungen (§ 46 EstG)	23,57	22,70	-3,7	3,65	3,48	-4,6	27,21	26,18	-3,8
+ Eigenheimzulage	7,04	9,66	37,1	1,79	2,31	29,4	8,83	11,97	35,6
+ Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen	0,97	0,80	-17,2	-	-	-	0,97	0,80	-17,2
Bruttoaufkommen	37,21	42,49	14,2	1,27	2,04	60,1	38,49	44,53	15,7

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW.

verlagern, um in den Genuss der geringeren Einkommensteuersätze zu kommen. Bei den Vorauszahlungen wird es nach den hohen Zuwächsen in den Vorjahresmonaten wohl nicht mehr so steil nach oben gehen wie im ersten Halbjahr. Alles in allem wird beim kassenmäßigen Aufkommen in diesem Jahr mit einer Zunahme um fast ein Fünftel gerechnet. Dies wäre eine Milliarde DM mehr, als vom Arbeitskreis Steuerschätzungen angenommen worden war. Im kommenden Jahr wird es zu einem kräftigen Rückgang kommen (-32%). Ausschlaggebend dafür ist die Steuerreform 2000, aber auch veranlagungstechnische Gründe spielen eine Rolle: Da 2001 schwerpunktmäßig Einkommen aus dem gewinnschwachen Wirtschaftsjahr 1999 veranlagt werden, dürften die Nachzahlungen vermutlich deutlich niedriger ausfallen.

In Ostdeutschland expandierte das Aufkommen aus der Einkommensteuer noch dynamischer. Allerdings wird dies im Kassenaufkommen nicht sichtbar. Die Einnahmen aus den Veranlagungen reichen noch immer nicht aus, um die aus dem Bruttoaufkommen geleisteten Erstattungen zu decken. In den ersten sieben Monaten betrug das Minus 4,2 Mrd. DM und war kaum niedriger als im Vorjahr. Während die aus dem Aufkommen geleisteten Investitionszulagen und die Eigenheimzulage überaus kräftig gestiegen sind, war bei den Erstattungen an Arbeitnehmer — wie im Westen — ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Bereinigt um diese Beträge errechnet sich ein Zuwachs von brutto über 60% (Tabelle 4). Für das ganze Jahr zeichnet sich nach dem bisherigen Verlauf bei der Einkommensteuer ein ähnlich hohes Minus ab wie im Vorjahr (-5,4 Mrd. DM). Mit den zu erwartenden Mindereinnahmen aus der Steuerreform 2000 wird das Minus im Jahre 2001 deutlich größer (-6,1 Mrd. DM).

Besonders ausgeprägt war die Zunahme bei den Einnahmen aus der *Körperschaftsteuer*, sie betrug in Westdeutschland bis Juli dieses Jahres fast 17,5% (Tabelle 5). Die Expansion wurde vor allem von der guten Gewinnlage der Unternehmen bestimmt, die sich in hohen Vorauszahlungen niedergeschlagen hat; darüber hinaus fielen auch

die Nachzahlungen für frühere gewinnstarke Jahre deutlich höher aus. Bereinigt man das Kassenaufkommen um die ausgezahlten Beträge — Investitionszulagen und Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen —, so verbleibt noch ein stattliches Plus (14,5%). In den kommenden Monaten dürfte sich die Dynamik deutlich abschwächen, zum einen, weil es bereits in der zweiten Jahreshälfte 1999 zu einer deutlichen Beschleunigung gekommen ist, zum anderen, weil infolge der Unternehmenssteuerreform — der Körperschaftsteuersatz sinkt von 40% auf 25% — der Anreiz für die Unternehmen hoch ist, Gewinne aus diesem in das kommende Jahr zu verlagern. Zudem ist es lohnend, noch in diesem Jahr Investitionen zu tätigen, da die Abschreibungen steuerlich noch mehr „wert“ sind.

Im Zusammenhang mit der Versteigerung der UMTS-Lizenzen könnten sich schon in diesem Jahr negative Effekte im Steueraufkommen zeigen. Geht man davon aus, dass die Lizenzen über die volle Nutzungsdauer (20 Jahre) abgeschrieben werden⁸ und alle Unternehmen, die Lizenzen erworben haben, schon heute entsprechend hohe Gewinne in der Steuerbilanz erwirtschaften und die Abschreibungen sofort geltend machen, dann errechnet sich noch für 2000 ein Steuerausfall von maximal 2 Mrd. DM; im nächsten Jahr sind es — wegen des dann niedrigeren Steuersatzes — nur noch 1,25 Mrd. DM. Freilich erzielen nicht alle Unternehmen, die eine UMTS-Lizenz ersteigert haben, Gewinne in entsprechender Höhe. Deshalb werden die Mindereinnahmen unter den maximal möglichen liegen.

Alles in allem zeichnen sich bei der Körperschaftsteuer in Westdeutschland für dieses Jahr Mehreinnahmen von knapp 9% ab; dies sind immerhin 4 Mrd. DM mehr, als der Arbeitskreis Steuerschätzungen erwartet hatte. Für das kommende Jahr wird die Schätzung des Körper-

⁸ Nach Auskunft des Bundesministeriums der Finanzen können die Kosten für UMTS-Lizenzen über die volle Nutzungsdauer abgeschrieben werden, denn die Lizenz endet nach 20 Jahren.

Tabelle 5

Körperschaftsteuer von Januar bis Juli in den Jahren 1999 und 2000

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Deutschland		
	1999	2000	Veränderung in %	1999	2000	Veränderung in %	1999	2000	Veränderung in %
	Mrd. DM			Mrd. DM			Mrd. DM		
Kassenmäßiges Aufkommen	20,36	23,87	17,3	0,70	0,92	31,5	21,06	24,80	17,8
+ Investitionszulage	0,03	0,11	300,0	0,29	0,58	100,3	0,32	0,69	117,9
+ Erstattungen des Bundesamts für Finanzen	1,93	1,53	-20,9	0,13	0,12	-2,4	2,06	1,65	-19,8
Bruttoaufkommen	22,32	25,52	14,3	1,12	1,63	45,6	23,43	27,14	15,8
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW.									

schaftsteueraufkommens wegen der Unternehmenssteuerreform besonders schwierig. Sie erfolgt hier auf der Basis des derzeit noch geltenden Steuerrechts, wobei die Mindereinnahmen aus der Steuerreform 2000 (-14,2 Mrd. DM) vom Schätzergebnis abgesetzt werden; der Ansatz für die Mindereinnahmen basiert auf Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen. Insgesamt ist für das Jahr 2001 in Westdeutschland nur noch ein Aufkommen von knapp 28 Mrd. DM (-39,6 %) zu erwarten.

Anders als bei der Einkommensteuer gibt es in Ostdeutschland bei der Körperschaftsteuer schon seit Jahren ein positives Kassenergebnis, d. h. das Bruttoaufkommen ist höher als die aus dem Aufkommen gezahlten Investitionszulagen und die Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen. Bis Juli dieses Jahres hat das Kassenaufkommen um fast ein Drittel zugenommen (Tabelle 5); bereinigt man die Kasse um die Erstattungsbeträge, dann beträgt der Zuwachs mehr als 45 %. In Bezug auf die Faktoren, die die Entwicklung in den verbleibenden Monaten dieses Jahres bestimmen, gilt Ähnliches wie bei der Schätzung der Körperschaftsteuer für Westdeutschland. Das Kassenaufkommen für das ganze Jahr wird um 27 % steigen. Anders als in Westdeutschland dürfte das Aufkommen im nächsten Jahr auch unter Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform noch steigen (7 %). In der Schätzung sind Mehreinnahmen aus Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre in Höhe von 500 Mill. DM berücksichtigt.

Die gute Gewinnlage bei den Kapitalgesellschaften hat auch dazu geführt, dass in diesem Jahr deutlich höhere Dividenden ausgeschüttet worden sind, die sich in der Entwicklung der *nicht veranlagten Steuern* vom Ertrag niedergeschlagen haben. Bis Juli hat das kassenmäßige Aufkommen in Deutschland deutlich stärker zugenommen (14,3 %), als noch bei der letzten Steuerschätzung erwartet worden war. Auch wenn man das Aufkommen um die Erstattungen des Bundesamtes für Finanzen bereinigt, verbleibt noch ein beachtliches Plus (12 %). Für das ganze Jahr 2000 wird mit einer Zunahme um 10 % gerechnet. Im Vergleich zum Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzungen belaufen sich die Mehreinnahmen auf über 3,5 Mrd. DM. Unter der Annahme, dass sich die Dynamik bei den Dividendenzahlungen nach den hohen Zuwächsen in diesem Jahr wieder normalisieren wird, ist im kommenden Jahr mit einem Plus von 4 % zu rechnen.

Beim *Zinsabschlag* wird die Entwicklung vor allem durch die Halbierung des Sparerfreibetrages geprägt.⁹ Bis Juli haben die Einnahmen in Deutschland um gut 10 % zugenommen. Die Aufwärtsentwicklung dürfte sich in den kommenden Monaten noch verstärken, denn mehr und mehr Steuerpflichtige werden mit ihren Zinseinkünften, die normalerweise über das Jahr verteilt gezahlt werden, die Freigrenzen überschreiten und zinsabschlagpflichtig

werden. Für das ganze Jahr wird eine Zunahme um 17 % erwartet, im nächsten Jahr werden die Kasseneingänge um 9 % höher sein.

Bei den *Steuern vom Umsatz* deutet die Entwicklung in Deutschland bis Juli (+5,4 %) darauf hin, dass die Zunahme für das ganze Jahr etwas über derjenigen der gesamtwirtschaftlichen Umsätze liegen dürfte. Im Steueränderungsgesetz 1999/2000/2002 hat es im Rahmen der Finanzierungsmaßnahmen auch eine Reihe von Änderungen bei der Umsatzsteuer gegeben, die per saldo in diesem Jahr zu Mehreinnahmen von etwa 1,2 Mrd. DM führen. Mit Wirkung vom 1.4.1999 wurden u. a. beim Vorsteuerabzug die Beträge für nicht ausschließlich betrieblich genutzte Pkw um die Hälfte gesenkt (Mehreinnahmen 1,5 Mrd. DM) und die Durchschnittsbesteuerung für die Landwirtschaft von 9 % auf 5 % zurückgenommen (0,3 Mrd. DM). In der zweiten Hälfte dieses Jahres werden diese positiven Effekte indes nicht mehr wirksam, da sich die Steueränderungen bereits im entsprechenden Vorjahreszeitraum im Aufkommen niedergeschlagen haben. Erwartet wird, dass die Steuern vom Umsatz in diesem Jahr um knapp 4 % zunehmen. Im Jahre 2001 dürften sie sich dann wieder weitgehend im Tempo der letzten inländischen Verwendung entwickeln (3,4 %).

Die reinen *Bundessteuern*, die wegen des Erreichens von Sättigungsgrenzen beim Verbrauch einiger besteuerteter Produkte normalerweise nur geringfügig steigen, werden in diesem Jahr überproportional expandieren (9 %). Zum 1. April 2000 ist die zweite Stufe der Ökosteuere reform in Kraft getreten, die eine weitere Anhebung der Benzinsteuer um 6 Pfg auf 1,10 DM pro Liter gebracht hat, und auch die Stromsteuer ist um 0,5 Pfg auf 2,5 Pfg je kWh erhöht worden. Bis zum Jahre 2003 sind jährliche Erhöhungen in derselben Größenordnung vorgesehen. Wenn im kommenden Jahr die Bundessteuern insgesamt nur moderat zunehmen (3 %), so liegt dies am Solidaritätszuschlag, der sich infolge der Steuerreform 2000 negativ entwickeln wird (-6 %).

Während sich bei den reinen *Ländersteuern* in diesem Jahr ein Rückgang abzeichnet (-2,5 %), ist für das nächste Jahr ein Plus zu erwarten (4 %). Die Vermögensteuer, die bereits zum 1.1.1997 abgeschafft worden ist, bringt aus den Veranlagungen früherer Jahre noch immer nennenswerte Einnahmen, auch wenn sie nach und nach kleiner werden. Bei der Kraftfahrzeugsteuer wird es in diesem Jahr im Zusammenhang mit der Reform vom 1. Juli 1997 noch zu Mindereinnahmen, im nächsten aber zu deutlichen Mehreinnahmen kommen.¹⁰ Bei der Grund-

⁹ Vom 1. Januar 2000 an ist der Freibetrag, bisher 12 200 DM/6 100 DM (Verheiratete/Ledige), halbiert worden.

¹⁰ Aufgrund der Kraftfahrzeugsteuerreform kam es von 1997 an zu Mindereinnahmen, weil hochversteuerte Kfz (ohne Katalysator) zunehmend durch gering besteuerte (abgasarm) ersetzt worden sind. Vom 1. Januar 2001 an werden die Steuersätze für weniger schadstoffarme Kfz deutlich angehoben.

Tabelle 6

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften¹⁾

	Bund ²⁾			Sondervermögen ⁴⁾			Länder ²⁾						Gemeinden						Insgesamt		
	1999		2000	1999		2000	Westdeutschland ⁵⁾		Ostdeutschland		Westdeutschland			Ostdeutschland			1999		2000	2001	
	2001	1999	2000	2001	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001		
	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	Ist	Schätzung	
	Mrd. DM																				
Einnahmen	452,8	454,0	454,3	55,6	42,1	44,7	378,4	386,3	375,4	97,2	98,0	97,4	235,5	237,5	235,4	50,8	51,4	51,9	1067,2	1078,1	1069,9
Steuern u. Ä.	388,3	410,5	403,9	-	-	-	297,2	308,0	296,5	64,1	65,5	64,5	91,6	93,2	92,7	8,2	8,3	8,8	849,4	885,5	866,4
Zahlungen von Gebietskörperschaften ⁶⁾	7,3	4,6	4,6	29,6	21,5	19,6	34,8	32,7	33,1	18,3	17,6	17,9	66,6	67,8	67,2	32,0	32,6	32,7	-	-	-
Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	7,8	7,7	7,5	6,7	6,7	6,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen aus wirtsch. Tätigkeit	20,0	11,0	10,0	-	-	-	7,1	7,1	7,2	0,9	0,9	0,9	13,1	13,0	12,5	2,4	2,3	2,2	43,5	34,3	32,8
Gebühren u. Ä.	7,4	7,2	7,2	-	-	-	8,3	8,4	8,5	0,9	0,9	1,0	29,0	28,6	28,2	4,3	4,3	4,3	49,9	49,4	49,2
Veräußerung von Vermögen ⁷⁾	18,2	9,2	17,1	0,2	0,1	4,6	6,0	5,0	5,0	0,2	0,2	0,2	12,7	12,0	11,6	2,7	2,6	2,6	40,0	29,1	41,1
Sonstige Einnahmen	11,6	11,5	11,5	25,8	20,5	20,5	17,2	17,4	17,6	6,1	6,2	6,3	22,5	22,9	23,2	1,2	1,3	1,3	84,4	79,8	80,4
Ausgaben	504,1	495,7	497,4	45,0	39,6	39,7	391,5	396,2	399,8	103,1	104,3	105,6	230,6	234,9	236,8	51,2	51,6	52,0	1122,5	1131,1	1142,0
Personalausgaben	52,7	53,3	54,4	15,5	15,2	15,0	155,3	157,8	160,6	26,7	27,2	27,8	61,7	62,6	63,7	15,2	15,1	15,1	327,1	331,2	336,6
Laufender Sachaufwand	40,0	41,0	41,8	0,9	1,0	1,0	37,9	38,7	39,6	8,0	8,2	8,4	44,2	44,9	45,6	9,6	9,8	10,0	140,6	143,6	146,4
Zinsausgaben	80,4	82,8	80,3	8,4	8,4	8,5	31,8	32,5	33,2	5,6	5,9	6,2	8,8	8,6	8,5	1,7	1,7	1,7	136,1	139,3	137,8
dar. an Gebietskörperschaften	-	-	-	-	-	-	0,3	0,3	0,3	-	-	-	0,3	0,3	0,3	-	-	-	-	-	-
Laufende Übertragungen	273,8	262,3	262,7	7,2	4,0	3,8	121,7	123,5	123,5	35,8	36,5	37,1	71,2	72,9	74,6	10,8	11,3	11,6	362,5	363,3	368,3
Gebietskörperschaften	23,4	21,1	20,8	2,8	0,0	0,1	56,1	57,7	57,5	24,5	25,1	25,6	6,9	7,0	7,0	0,3	0,3	0,3	-	-	-
Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	14,5	14,4	14,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sondervermögen	29,5	21,4	19,5	-	-	-	0,1	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherungen	140,1	148,0	152,5	1,5	1,4	1,3	0,5	0,5	0,5	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	142,5	150,3	154,7
Soziale Leistungen	47,5	40,0	38,7	0,3	0,3	0,3	14,1	14,3	14,5	4,9	5,0	5,1	44,5	45,8	47,0	6,5	6,8	7,0	117,8	112,2	112,6
Unternehmen	26,4	25,0	24,5	2,6	2,2	2,1	18,7	18,5	18,5	0,0	0,0	0,0	5,1	5,2	5,4	1,9	1,9	1,9	54,7	52,8	52,4
Ausland	5,2	5,1	5,0	-	-	-	1,2	1,2	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,4	6,3	6,2
Soziale Einrichtungen	1,5	1,5	1,5	-	-	-	11,8	12,0	12,3	2,3	2,4	2,4	10,3	10,5	10,7	1,6	1,7	1,8	27,5	28,1	28,7
Sonstige	0,2	0,2	0,2	-	-	-	4,7	4,8	4,8	4,0	3,9	3,9	4,2	4,2	4,3	0,4	0,5	0,5	13,5	13,6	13,7
Sachinvestitionen	13,9	13,7	14,2	-	-	-	11,2	11,0	10,8	4,3	4,3	4,4	36,4	37,8	36,3	12,0	11,8	11,7	77,8	78,6	77,4
Vermögensübertragungen	34,9	34,3	35,8	1,3	1,2	1,2	28,4	27,7	27,1	21,3	20,9	20,4	4,2	4,1	4,1	1,6	1,6	1,6	49,3	48,4	48,5
Gebietskörperschaften	20,1	19,6	20,5	-	-	-	11,4	11,0	10,6	10,2	10,1	9,7	0,5	0,5	0,5	0,2	0,2	0,2	-	-	-
Ausland	4,0	4,0	4,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,0	4,0	4,0
Sonstige	10,8	10,7	11,3	1,3	1,2	1,2	17,0	16,7	16,5	11,1	10,8	10,5	3,7	3,6	3,6	1,4	1,4	1,4	45,3	44,4	44,5
Darlehen, Beteiligungen, Tilgungen	8,4	8,3	8,2	11,7	9,8	10,2	5,2	5,0	5,0	1,4	1,3	1,3	4,1	4,0	4,0	0,3	0,3	0,3	29,1	26,7	27,0
dar. an Gebietskörperschaften	1,0	1,0	1,0	-	-	-	1,0	1,0	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzierungssaldo	-51,3	-41,7	-43,1	10,6	2,5	5,0	-13,1	-9,9	-24,4	-5,9	-6,3	-8,2	4,9	2,6	-1,4	-0,4	-0,2	-0,1	-55,2	-53,0	-72,1
Nachrichtlich: Saldo einschl. UMTS-Erlöse	-	57,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46,4	-
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %																				
Einnahmen	5,3	0,3	0,1	-38,8	-24,3	6,2	3,7	2,1	-2,8	1,9	0,8	-0,6	2,0	0,8	-0,9	1,2	1,2	1,0	3,5	1,0	-0,8
Steuern u. Ä.	9,7	5,7	-1,6	-	-	-	6,0	3,6	-3,7	3,6	2,2	-1,5	4,9	1,7	-0,5	5,1	1,2	6,0	7,4	4,3	-2,2
Ausgaben	3,6	-1,7	0,3	-32,9	-12,0	0,3	1,6	1,2	0,9	0,2	1,2	1,2	2,4	1,9	0,8	0,4	0,8	0,8	3,3	0,8	1,0
Personalausgaben	1,2	1,1	2,1	-1,5	-1,9	-1,3	1,8	1,6	1,8	1,5	1,9	2,2	1,3	1,5	1,8	-0,7	-0,7	0,0	1,3	1,3	1,6
Laufender Sachaufwand	3,6	2,5	2,0	-	11,1	0,0	2,2	2,1	2,3	2,6	2,5	2,4	5,7	1,6	1,6	0,0	2,1	2,0	3,9	2,1	1,9
Zinsausgaben	43,1	3,0	-3,0	-72,0	0,0	1,2	1,9	2,2	2,2	5,7	5,4	5,1	-4,3	-2,3	-1,2	0,0	0,0	0,0	2,3	2,4	-1,1
Laufende Übertragungen	-2,6	-4,2	0,2	37,7	-44,4	-5,0	3,8	1,5	0,0	-0,8	2,0	1,6	-0,3	2,4	2,3	2,9	4,6	2,7	8,0	0,2	1,4
Gebietskörperschaften	-2,1	-9,8	-1,4	-	-	-	2,7	2,9	-0,3	0,8	2,4	2,0	0,0	1,4	0,0	50,0	0,0	0,0	-	-	-
Sozialversicherungen	15,8	5,6	3,0	-6,3	-6,7	-7,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15,4	5,5	2,9
Soziale Leistungen	-2,1	-15,8	-3,3	10,0	-9,1	0,0	-2,1	1,4	1,4	-	2,0	2,0	-0,7	2,9	2,6	1,6	4,6	2,9	0,6	-4,8	0,4
Unternehmen	44,3	-5,3	-2,0	-16,3	-16,0	-4,5	-8,8	-1,1	0,0	-	-	-	4,1	2,0	3,8	0,0	0,0	0,0	-0,2	-3,5	-0,8
Sachinvestitionen	3,0	-1,4	3,6	-	-	-	1,8	-1,8	-1,8	4,9	0,0	2,3	4,6	3,8	-4,0	-7,0	-1,7	-0,8	2,0	1,0	-1,5
Vermögensübertragungen	-2,8	-1,7	4,4	-43,5	-7,7	0,0	-2,7	-2,5	-2,2	-3,2	-1,9	-2,4	7,7	-2,4	0,0	-	0,0	0,0	-2,8	-1,8	0,2
Darlehen, Beteiligungen, Tilgungen	-7,7	-1,2	-1,2	-12,7	-16,2	4,1	-27,8	-3,8	0,0	7,7	-7,1	0,0	24,2	-2,4	0,0	-25,0	0,0	0,0	-11,3	-8,2	1,1

¹⁾ In der Abgrenzung der Finanzstatistik, ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. — ²⁾ Ergänzungszuweisungen an die finanzschwachen Länder vom Steueraufkommen des Bundes ab- und dem der Länder zugesetzt; Anteile aus der Mineralölsteuer im Zuge der Regionalisierung des Personennahverkehrs als Zuweisungen des Bundes an die Länder gebucht. — ³⁾ Die Gewinnabführung der Bundesbank ist in voller Höhe beim Bund als Einnahme ausgewiesen; die Differenz zu 7 Mrd. DM wird als Übertragung an den Erblastenfondsfonds gebucht. — ⁴⁾ Vgl. Tabelle 7. — ⁵⁾ Einschließlich Berlin. — ⁶⁾ Einschließlich Sondervermögen des Bundes (1999: 2,7 Mrd. DM). — ⁷⁾ Sachvermögen und Beteiligungen. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW.

erwerbsteuer wird erwartet, dass sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr der negative Trend als Folge der flauen Baukonjunktur anhalten wird.

Die Entwicklung der *Gemeindesteuern* ist von der Gewerbesteuer bestimmt, die in diesem Jahr rückläufig sein wird (-0,4%). Sowohl die Vorauszahlungen als auch die Nachzahlungen für Vorjahre sind geringer geworden. Hinzu kommt, dass sich die Abschreibungen auf die UMTS-Lizenzen bereits in diesem Jahr in Mindereinnahmen niederschlagen könnten. Im nächsten Jahr wird die Gewerbesteuer wieder zunehmen; hierzu trägt auch die Steuerreform 2000 bei, die den Kommunen wegen der verringerten Abschreibungssätze Mehreinnahmen von 1,8 Mrd. DM beschert. Die Gemeindesteuern insgesamt werden in diesem Jahr stagnieren, während für 2001 mit einem leichten Plus gerechnet werden kann.

Neben den Erlösen aus den UMTS-Lizenzen kann der Finanzminister für 2000 mit konjunkturbedingten Mehreinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe rechnen. Das Steueraufkommen wird in diesem Jahr insgesamt um knapp 4,5% expandieren; dies entspricht einem Aufkommen von fast 925 Mrd. DM. Im Vergleich zum Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom Frühjahr dieses Jahres ergeben sich Mehreinnahmen von über 13 Mrd. DM. Im Jahre 2001 wird das Kassenaufkommen wegen der Mindereinnahmen, die aus der Umsetzung der Steuerreform 2000 resultieren (45 Mrd. DM), um knapp 2% abnehmen.

Ausgaben 2000 und 2001

Von der in diesem Jahr äußerst restriktiven Ausgabenpolitik wird auch das nächste Jahr geprägt sein. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften dürften jeweils nur um 1% erhöht werden.

Einen dämpfenden Einfluss auf die Ausgabenentwicklung haben die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Sie schlagen unter Berücksichtigung der noch geringeren Anhebung der Beamtgehälter mit 1,4% in diesem und 1,8% im nächsten Jahr zu Buche. Der Stellenabbau dürfte sich auf allen Haushaltsebenen fortsetzen, wobei insbesondere in Ostdeutschland noch Handlungsbedarf besteht, und dies, obwohl dort in den vergangenen Jahren insbesondere auf kommunaler Ebene ein bemerkenswerter Anpassungsprozess zu beobachten war. Allerdings wird ein Vergleich durch institutionelle Unterschiede erschwert. So werden viele kommunale Dienste, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, in Westdeutschland von freien Trägern, in Ostdeutschland dagegen unmittelbar von den Kommunen angeboten. Auch sind in den letzten Jahren überall, wenngleich in unterschiedlichem Maße, Einrichtungen aus den kommunalen Kernhaushalten ausgelagert worden. Alles in allem dürften in diesem Jahr die *Personalausgaben* um 1,4% auf 332 Mrd. DM

steigen, während für das nächste Jahr ein Plus von 1,6% erwartet wird.

In einem ähnlichen Rahmen dürfte sich der Zuwachs beim *laufenden Sachaufwand* bewegen, auch wenn sich hier z.B. die höheren Energiepreise oder auch höhere Mieten niederschlagen. Verbucht werden unter dieser Kategorie auch die militärischen Beschaffungen, die schon seit Jahren mehr oder weniger stagnieren, zuletzt aber gestiegen sind. Für dieses Jahr ist ebenfalls ein überdurchschnittlicher Zuwachs (4%) geplant; im nächsten Jahr werden die Ausgaben voraussichtlich stagnieren. Auch der Anstieg der *Zinsausgaben* hatte sich in den letzten Jahren spürbar abgeschwächt. Rückläufige Defizite, niedrige Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie eine Substitution hochverzinslicher Altschulden durch niedrig verzinsliche Kredite waren die Gründe hierfür. Trotz eines wieder höheren Defizits 2001 werden sich die Zinsausgaben weiterhin vergleichsweise moderat entwickeln. Zwar wird aufgrund des geldpolitischen Kurses¹¹ wie auch der Kapitalnachfrage wieder mit etwas höheren Zinssätzen gerechnet, doch schlagen sich die Belastungen aufgrund des höheren Defizits erst 2002 im Budget nieder. Hingegen werden die Zinsersparnisse infolge des geplanten Schuldenabbaus mit Hilfe der UMTS-Erlöse bereits 2001 kassenwirksam; unterstellt sind 5 Mrd. DM.

Der große Block der *laufenden Übertragungen* — ein Drittel aller Ausgaben entfällt auf diese Kategorie — wird von sehr unterschiedlichen Entwicklungen bestimmt. Während die Zuschüsse an die Rentenversicherungsträger expandieren, sinken die Ausgaben zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit und für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Für dieses Jahr sind im Bundeshaushalt hierfür noch 7,7 Mrd. DM eingestellt; wahrscheinlich sind aber nur 5 Mrd. DM erforderlich, wobei etwa 2 Mrd. DM auf die Mehrkosten infolge des Verfassungsurteils entfallen. Nach diesem Urteil müssen Einmalzahlungen wie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld bei der Berechnung der Lohnersatzleistungen berücksichtigt werden; zudem müssen rückwirkend die Ansprüche derjenigen, die Einspruch erhoben hatten, befriedigt werden. Im nächsten Jahr ist voraussichtlich kein Bundeszuschuss mehr notwendig, weil die Bundesanstalt für Arbeit wohl Überschüsse erzielen wird. Im Gespräch ist deshalb, die Finanzierung von strukturpolitischen Anpassungsmaßnahmen vom Bund auf die Arbeitslosenversicherung abzuwälzen. Hingegen steigen die Erstattungen des Bundes an die Rentenversicherung aufgrund der Lastenübernahme für Kindererziehungszeiten um (netto) knapp 8 Mrd. DM. Entlastungen des Bundes ergeben sich aus der Senkung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung und daraus, dass sich die Rentenanpassung in den Jahren 2000 und 2001 nicht an der Zunahme des Nettoeinkommens, sondern nur am Preisanstieg bei der Lebenshaltung orientiert.

¹¹ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2000/2001, a.a.O.

Der Rückgang bei den sozialen Leistungen des Bundes ist insbesondere auf die Wirkungen des Sparpakets der Bundesregierung zurückzuführen. Die Arbeitslosenhilfe wurde kräftig gekürzt.¹² Weiterhin rückläufig sind aber auch andere Sozialleistungen, so die Leistungen für Kriegsoffer. Hingegen dürften die kommunalen Ausgaben für die Sozialhilfe nach dem Rückgang und der Stagnation in den Vorjahren wieder steigen, vornehmlich weil die originäre Arbeitslosenhilfe des Bundes abgeschafft wurde und damit die Zahl der Anspruchsberechtigten bei der Sozialhilfe zunimmt. Hingegen konnte der Bund seinen Plan, sich aus der Finanzierung des pauschalierten Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger zurückzuziehen, gegen den Widerstand der Kommunen, die sonst die Lasten hätten tragen müssen, nicht durchsetzen. Alles in allem werden die laufenden Transferausgaben in diesem Jahr stagnieren und 2001 um lediglich 1 % zunehmen.

Schwierig ist die Einschätzung über den Verlauf der öffentlichen Investitionen. Nach einer langen Durststrecke waren sie 1999 aufgestockt worden; auch in diesem Jahr dürfte sich ein Plus ergeben. Infolge der steuerreformbedingten Einnahmeausfälle wird wohl auf allen Haushalts-

ebenen nach Kürzungsmöglichkeiten gesucht. Als flexibelste Ausgabeart bieten sich die öffentlichen Investitionen an. Vornehmlich die Gemeinden sind gezwungen, über eine Steuerung der Investitionsausgaben ihre Haushalte im Gleichgewicht zu halten, denn die kommunalen Verschuldungsmöglichkeiten sind — anders als auf der Ebene von Bund und Ländern — stark eingeschränkt. Noch offen ist, wie sich die Zinersparnisse des Bundes von jährlich 5 Mrd. DM, die im Zusammenhang mit den UMTS-Lizenzen stehen, auf die Ausgaben der Gebietskörperschaften auswirken. Sicher ist nur, dass die Mittel überwiegend für investive Zwecke bereitgestellt werden sollen. Zum einen stellt sich die Frage, ob der Bund die Länder und deren Gemeinden — sie sind Hauptinvestor der öffentlichen Hand — an diesen Mitteln teilhaben lassen will. Zum anderen ist noch ungeklärt, in welche Verwendungsbereiche diese Mittel fließen; eine Aufstockung

¹² Die Anpassung der Arbeitslosenhilfe in diesem und im nächsten Jahr wurde auf die Preissteigerungsrate begrenzt, die sog. originäre Arbeitslosenhilfe wurde gestrichen, und die Beiträge für die Renten- und Pflegeversicherung der Arbeitslosenhilfeempfänger bemessen sich nunmehr am Betrag der Arbeitslosenhilfe.

Tabelle 7

Einnahmen und Ausgaben der Sondervermögen des Bundes

	Fonds Deutsche Einheit			Eisenbahnvermögen			Erblasten- tilgungsfonds			Sonstige Fonds ¹⁾			Insgesamt		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung		Ist	Schätzung	
	Mrd. DM														
Einnahmen	6,5	6,5	9,5	19,2	18,6	18,2	12,9	2,0	2,0	17,0	15,0	15,0	55,6	42,1	44,7
Zuweisungen von Gebietskörperschaften	6,5	6,5	9,5	13,1	13,5	8,6	9,5 ²⁾	1,0 ³⁾	1,0	0,5	0,5	0,5	29,6	21,5	19,6
Veräußerung von Vermögen	-	-	-	0,2	0,1	4,6	-	-	-	-	-	-	0,2	0,1	4,6
Sonstige ⁴⁾	-	-	-	5,9	5,0	5,0	3,4	1,0	1,0	16,5	14,5	14,5	25,8	20,5	20,5
Ausgaben	5,8	5,8	5,8	19,3	18,6	18,2	3,4	0,7	0,7	16,6	14,5	15,0	45,0	39,6	39,7
Personalausgaben	-	-	-	15,5	15,2	15,0	-	-	-	-	-	-	15,5	15,2	15,0
Laufender Sachaufwand	-	-	-	0,2	0,3	0,3	0,7	0,7	0,7	-	-	-	0,9	1,0	1,0
Zinsausgaben	5,8	5,8	5,8	-	-	-	-	-	-	2,6	2,6	2,7	8,4	8,4	8,5
Laufende Zuweisungen	-	-	-	3,6	3,1	2,9	2,7	0,0	0,0	1,0	0,9	0,9	7,2	4,0	3,8
Gebietskörperschaften	-	-	-	-	-	-	2,7	-	-	0,1	0,1	0,1	2,8	0,1	0,1
Sozialversicherungen	-	-	-	1,5	1,4	1,3	-	-	-	-	-	-	1,5	1,4	1,3
Renten, Unterstützungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unternehmen	-	-	-	2,1	1,7	1,6	-	-	-	0,5	0,5	0,5	2,6	2,2	2,1
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vermögensübertragungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,3	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2
Darlehen u.a.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11,7	9,8	10,2	11,7	9,8	10,2
Saldo	0,7 ⁵⁾	0,7 ⁵⁾	3,7 ⁵⁾	-0,1	0,0	0,0	9,5 ⁵⁾	1,3 ⁵⁾	1,3 ⁵⁾	0,4	0,5	0,0	10,6	2,5	5,0

¹⁾ ERP, LAF, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle. — ²⁾ Einschließlich Mehreinnahmen aus Bundesbankgewinn. — ³⁾ Von 1999 an werden die Zinszahlungen direkt aus dem Bundeshaushalt geleistet. — ⁴⁾ Bei ERP einschließlich Einnahmen aus Krediten und Rückzahlung von Krediten. — ⁵⁾ Überschüsse werden zur Tilgung verwendet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Schätzung des DIW.

der Ausgaben für Bildung und Forschung ist in der Systematik der öffentlichen Finanzwirtschaft nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit einer Erhöhung des Investitionsaufwandes. In der hier vorgelegten Schätzung sind Mehrausgaben des Bundes von 4 Mrd. DM unterstellt. Davon fließen 1,5 Mrd. DM an Länder und Gemeinden sowie reichlich 1 Mrd. DM an die Bahn, während die Investitionsausgaben des Bundes selber um über 1 Mrd. DM aufgestockt werden.

Entwicklung nach Haushaltsebenen

Eine moderate Ausgabenentwicklung, konjunkturbedingte Mehreinnahmen und die Erlöse aus den Mobilfunklizenzen führen dazu, dass in diesem Jahr die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt mit einem enormen Überschuss (46 Mrd. DM) abschließen werden. Ohne die UMTS-Erlöse errechnet sich ein Defizit von 53 Mrd. DM; dies ist etwas weniger als 1999. Im nächsten Jahr dürfte hingegen ein Defizit von 72 Mrd. DM zu Buche stehen. Neben der Steuerreform sind es vor allem Sonderfaktoren auf der Bundesebene, die zu diesem Anstieg führen. Zudem werden die Sondervermögen des Bundes erheblich niedrigere Überschüsse als im Vorjahr erzielen.

In diesem Jahr wird der *Bundeshaushalt* nach der hier vorgelegten Schätzung mit einem Überschuss von 58 Mrd. DM abschließen; ohne die UMTS-Einnahmen gäbe es ein Defizit von 42 Mrd. DM. Dieser Betrag ist erheblich niedriger als im Haushaltsplan veranschlagt (49 Mrd. DM). So fallen höhere Steuereinnahmen an, und auch die geringeren Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit entlasten den Haushalt. Deshalb fällt auch kaum ins Gewicht, dass der Ansatz für die Personalausgaben überschritten wird, weil die Tarifierhebungen unterschätzt worden waren. Und auch die beträchtlichen Ausfälle auf der Einnahmenseite — die Ausschüttung der Zentralbank hat sich mit 8 Mrd. DM halbiert, und auch die Privatisierungserlöse gehen um die Hälfte, auf 9 Mrd. DM, zurück — werden überkompensiert. Von den Privatisierungserlösen wird ein Teil zur Finanzierung des Defizits der Postunterstützungskassen verwendet.

Die Entwicklung im nächsten Jahr wird von den Einnahmeausfällen aufgrund der Steuerreform geprägt; auf den Bund dürften 22 Mrd. DM entfallen. Zum Teil sollen diese Mindereinnahmen durch Privatisierungserlöse „zwischenfinanziert“ werden; im Haushalt sind hierfür 17 Mrd. DM vorgesehen. Da es sich um eine temporäre Mehrbelastung handelt — die Steuerentlastungen sollten ursprünglich später in Kraft treten —, erscheint ihre Finanzierung aus einmalig anfallenden Privatisierungserlösen gerechtfertigt. Allerdings schmälern die reformbedingten Ausfälle auf Dauer die Einnahmenseite (sofern die Wachstumsgewinne der Steuerentlastungen außer Acht bleiben). In-

gesamt dürften die Einnahmen des Bundes (ohne UMTS-Erlöse) in diesem und im nächsten Jahr etwa stagnieren. Die Ausgaben werden in diesem Jahr sinken und im nächsten kaum steigen; die Zinsersparnisse werden höher ausfallen als die Mehrausgaben für investive Zwecke. Auch bei den Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit und bei den sozialen Leistungen sind Einsparungen zu erwarten. Das Defizit wird mit 43 Mrd. DM geringfügig höher sein als in diesem Jahr, doch deutlich unter dem im Haushaltsentwurf veranschlagten Wert von 46 Mrd. DM liegen.

Die finanzielle Situation der *Sondervermögen des Bundes* wird sich in diesem Jahr erheblich verschlechtern, und der Überschuss wird nur gering sein; im nächsten Jahr steigt er voraussichtlich auf 5 Mrd. DM. Ausschlaggebend in diesem Jahr ist der stark gesunkene Bundesbankgewinn, von dem jener Teil dem Erblastentilgungsfonds zur Schuldentilgung zufließt, der über den Betrag von 7 Mrd. DM hinausgeht. Waren dies 1999 noch reichlich 9 Mrd. DM, wurde in diesem Jahr nur knapp 1 Mrd. DM überwiesen; auch für 2001 kann wohl kein höherer Betrag veranschlagt werden. Nachdem in den vergangenen Jahren und auch in diesem Jahr der Bundeshaushalt dadurch entlastet wurde, dass die Zuschüsse an den Fonds Deutsche Einheit um jeweils 3 Mrd. DM auf 6,5 Mrd. DM gekürzt wurden, will man im nächsten Jahr zu der ursprünglich vereinbarten Annuität zurückkehren und wieder 9,5 Mrd. DM überweisen. Auch die Finanzierungsstruktur des Bundeseisenbahnvermögens wird sich 2001 erheblich verschieben, weil dann der Bund seine Zuweisungen um 5 Mrd. DM auf knapp 9 Mrd. DM vermindern will; die Lücke soll durch die Erlöse beim Verkauf von Wohnungen und sonstiger Liegenschaften geschlossen werden. Das Bundeseisenbahnvermögen hat unter anderem die Aufgabe, einen Teil der Personalausgaben und Versorgungsbezüge für das Bahnpersonal zu finanzieren sowie nicht „bahnnotwendige“ Liegenschaften zu verwalten und zu verwerten. In den sonstigen Sondervermögen (insbesondere ERP) sind keine nennenswerten Änderungen zu erwarten; im Zuge der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte die Nachfrage nach Fördermitteln zurückgehen, so dass auch der Umfang der hierfür benötigten Kreditmarktmittel sinken wird.

Trotz nur schwach steigender Ausgaben wird sich die finanzielle Position der *Länder* in diesem Jahr nur wenig verbessern, im nächsten Jahr sogar verschlechtern. In der hier vorgelegten Prognose werden die Ausgaben der westdeutschen Länder im Jahre 2000 um nicht ganz 2 % und im Jahre 2001 um knapp 1 % zunehmen. Für die ostdeutschen Länder ist mit einem Anstieg um jeweils fast 1 % zu rechnen. Die personalkostenintensiven Länderhaushalte profitieren in besonderem Maße von den niedrigen Tarifabschlüssen, die in Ostdeutschland infolge der weiteren Tarifangleichung etwas stärker zu Buche schlagen. Auf die reformbedingten Steuerausfälle werden die

Entlastungen nach den Einkommensteuertarifen 2001, 2003 und 2005¹⁾

Grundtabelle

zu versteuerndes Einkommen	Tarif 2000			Tarif 2001				Tarif 2003				Tarif 2005					
	Steuer	Steuersatz		Steuer	Steuersatz		Entlastung gegenüber T 2000	Steuer	Steuersatz		Entlastung gegenüber T 2001	Steuer	Steuersatz		Entlastung gegenüber T 2003	Entlastung gegenüber Tarif 2000	
		Durch- schnittl.	Marginal		Durch- schnittl.	Marginal			Durch- schnittl.	Marginal			Durch- schnittl.	Marginal		DM	DM
DM	DM	%	%	DM	%	%	DM	DM	%	%	DM	DM	%	%	DM	DM	%
10 000	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0	0	0,0	0,0	0	0	0,0	0,0	0	0	-
15 000	352	2,3	23,7	185	1,2	20,9	-167	83	0,6	20,9	-102	0	0,0	0,0	-83	-352	-100,0
20 000	1 600	8,0	25,7	1 309	6,5	23,6	-291	1 052	5,3	23,6	-257	867	4,3	19,5	-185	-733	-45,8
25 000	2 908	11,6	27,0	2 514	10,1	25,0	-394	2 200	8,8	25,0	-314	1 948	7,8	24,0	-252	-960	-33,0
30 000	4 298	14,3	28,3	3 804	12,7	26,4	-494	3 491	11,6	26,4	-313	3 182	10,6	25,2	-309	-1 116	-26,0
35 000	5 756	16,4	29,7	5 166	14,8	27,8	-590	4 853	13,9	27,8	-313	4 475	12,8	26,3	-378	-1 281	-22,3
40 000	7 264	18,2	31,0	6 584	16,5	29,2	-680	6 272	15,7	29,2	-312	5 812	14,5	27,5	-460	-1 452	-20,0
45 000	8 855	19,7	32,4	8 089	18,0	30,7	-766	7 777	17,3	30,7	-312	7 223	16,1	28,7	-554	-1 633	-18,4
50 000	10 496	21,0	33,7	9 648	19,3	32,1	-848	9 337	18,7	32,1	-311	8 676	17,4	29,8	-661	-1 821	-17,3
55 000	12 222	22,2	35,0	11 296	20,5	33,5	-926	10 986	20,0	33,5	-310	10 204	18,6	31,0	-782	-2 019	-16,5
60 000	14 015	23,4	36,4	13 015	21,7	35,0	-1 000	12 706	21,2	35,0	-309	11 790	19,7	32,2	-916	-2 226	-15,9
65 000	15 855	24,4	37,7	14 787	22,7	36,4	-1 068	14 478	22,3	36,4	-309	13 418	20,6	33,3	-1 060	-2 439	-15,4
70 000	17 782	25,4	39,0	16 650	23,8	37,8	-1 132	16 342	23,3	37,8	-308	15 122	21,6	34,5	-1 220	-2 662	-15,0
75 000	19 755	26,3	40,4	18 563	24,8	39,2	-1 192	18 255	24,3	39,2	-308	16 866	22,5	35,7	-1 389	-2 891	-14,6
80 000	21 816	27,3	41,7	20 569	25,7	40,7	-1 247	20 261	25,3	40,7	-308	18 687	23,4	36,9	-1 574	-3 132	-14,4
85 000	23 945	28,2	43,1	22 646	26,6	42,1	-1 299	22 339	26,3	42,1	-307	20 568	24,2	38,0	-1 771	-3 381	-14,1
90 000	26 117	29,0	44,4	24 772	27,5	43,5	-1 345	24 466	27,2	43,5	-306	22 486	25,0	39,2	-1 980	-3 635	-13,9
95 000	28 380	29,9	45,7	26 992	28,4	44,9	-1 388	26 687	28,1	44,9	-305	24 484	25,8	40,4	-2 203	-3 901	-13,7
100 000	30 685	30,7	47,1	29 260	29,3	46,3	-1 425	28 954	29,0	46,3	-306	26 519	26,5	41,5	-2 435	-4 171	-13,6
105 000	33 082	31,5	48,4	31 623	30,1	47,8	-1 459	31 307	29,8	47,8	-316	28 623	27,3	42,0	-2 684	-4 465	-13,5
110 000	35 547	32,3	49,7	34 049	31,0	48,5	-1 498	33 667	30,6	48,5	-382	30 732	27,9	42,0	-2 935	-4 821	-13,6
115 000	38 050	33,1	51,0	36 459	31,7	48,5	-1 591	36 002	31,3	48,5	-457	32 818	28,5	42,0	-3 184	-5 240	-13,8
120 000	40 611	33,8	51,0	38 894	32,4	48,5	-1 717	38 363	32,0	48,5	-531	34 928	29,1	42,0	-3 435	-5 691	-14,0
125 000	43 145	34,5	51,0	41 304	33,0	48,5	-1 841	40 697	32,6	48,5	-607	37 014	29,6	42,0	-3 683	-6 139	-14,2
130 000	45 706	35,2	51,0	43 740	33,6	48,5	-1 966	43 058	33,1	48,5	-682	39 123	30,1	42,0	-3 935	-6 591	-14,4
135 000	48 268	35,8	51,0	46 175	34,2	48,5	-2 093	45 418	33,6	48,5	-757	41 233	30,5	42,0	-4 185	-7 042	-14,6
140 000	50 801	36,3	51,0	48 585	34,7	48,5	-2 216	47 753	34,1	48,5	-832	43 319	30,9	42,0	-4 434	-7 490	-14,7
145 000	53 362	36,8	51,0	51 020	35,2	48,5	-2 342	50 113	34,6	48,5	-907	45 428	31,3	42,0	-4 685	-7 942	-14,9
150 000	55 896	37,3	51,0	53 430	35,6	48,5	-2 466	52 448	35,0	48,5	-982	47 515	31,7	42,0	-4 933	-8 389	-15,0
155 000	58 457	37,7	51,0	55 866	36,0	48,5	-2 591	54 809	35,4	48,5	-1 057	49 624	32,0	42,0	-5 185	-8 841	-15,1
160 000	60 991	38,1	51,0	58 275	36,4	48,5	-2 716	57 144	35,7	48,5	-1 131	51 711	32,3	42,0	-5 433	-9 288	-15,2
165 000	63 552	38,5	51,0	60 711	36,8	48,5	-2 841	59 504	36,1	48,5	-1 207	53 820	32,6	42,0	-5 684	-9 740	-15,3
170 000	66 113	38,9	51,0	63 146	37,1	48,5	-2 967	61 864	36,4	48,5	-1 282	55 929	32,9	42,0	-5 935	-10 192	-15,4
175 000	68 647	39,2	51,0	65 556	37,5	48,5	-3 091	64 199	36,7	48,5	-1 357	58 016	33,2	42,0	-6 183	-10 639	-15,5
180 000	71 208	39,6	51,0	67 991	37,8	48,5	-3 217	66 560	37,0	48,5	-1 431	60 125	33,4	42,0	-6 435	-11 091	-15,6
185 000	73 742	39,9	51,0	70 401	38,1	48,5	-3 341	68 895	37,2	48,5	-1 506	62 212	33,6	42,0	-6 683	-11 538	-15,6
190 000	76 303	40,2	51,0	72 837	38,3	48,5	-3 466	71 255	37,5	48,5	-1 582	64 321	33,9	42,0	-6 934	-11 990	-15,7
195 000	78 864	40,4	51,0	75 272	38,6	48,5	-3 592	73 615	37,8	48,5	-1 657	66 430	34,1	42,0	-7 185	-12 442	-15,8
200 000	81 398	40,7	51,0	77 682	38,8	48,5	-3 716	75 950	38,0	48,5	-1 732	68 517	34,3	42,0	-7 433	-12 889	-15,8

¹⁾ Ohne die stufenweise Umstellung des Einkommensteuertarifs von der DM-Basis auf Euro-Basis ohne Tabellenstufen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW.

west- wie die ostdeutschen Länder mit Kürzungen der Zuweisungen an ihre Gemeinden reagieren. In der Regel sind die Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs an die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich gekoppelt; insbesondere die Zuweisungen und Zuschüsse für die kommunalen Investitionshaushalte werden in Abhängigkeit von den Ländereinnahmen dotiert. Dennoch werden die Haushaltsfehlbeträge der Länder wieder steigen, in Westdeutschland auf 24 Mrd. DM (2000: 10 Mrd. DM) und in Ostdeutschland auf gut 8 Mrd. DM nach 6½ Mrd. DM in diesem Jahr.

Infolge ihrer verbesserten Finanzlage hatten die westdeutschen *Gemeinden* 1999 erstmals seit langem wieder mehr investiert. Auch in diesem Jahr wird für ihre Sachinvestitionen ein Plus prognostiziert. Da die Steuerreform nun Löcher in die kommunalen Etats reißen wird, dürfte die Erholungsphase bei den Investitionen nur von kurzer Dauer gewesen sein. Selbst wenn die Gemeinden von den höheren Ausgaben des Bundes an die Länder profitieren sollten, muss für 2001 mit einem Rückgang ihrer Investitionsausgaben gerechnet werden (–4%). In Ostdeutschland wird der rückläufige Trend nicht unterbrochen — infolge der extremen Steuerschwäche der ostdeutschen Kommunen sind deren Verschuldungsmöglichkeiten längst ausgereizt, so dass die Investitionsetats zusammengestrichen werden mussten. Die Steuerreform schafft neue Probleme. Zu Entlastungen dürfte es dagegen bei den Personalausgaben kommen, denn der Anpassungsprozess der ostdeutschen Gemeinden ist noch längst nicht abgeschlossen: Während in den ostdeutschen Gemeinden gegenwärtig reichlich 15 Kommunalbedienstete je 1000 Einwohner beschäftigt sind, liegt die Relation in Westdeutschland bei knapp 12. Die Ausgaben für die Sozialhilfe werden auch deshalb wieder zunehmen, weil die originäre Arbeitslosenhilfe des Bundes abgeschafft und damit der Empfängerkreis auf Gemeindeebene erweitert wurde. Andererseits dürften die relativ günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dämpfend auf den Anstieg der Sozialleistungen wirken.

Neben den steuerreformbedingten Einnahmeausfällen drohen den Gemeinden weitere Einbußen bei den Einnahmen aus Konzessionsabgaben und Gewinnabführungen der kommunalen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Die Liberalisierung des Energiewirtschaftsrechts setzt die Unternehmen unter verstärkten Wettbewerbsdruck, so dass die Gewinne schrumpfen. Dadurch verringern sich nicht nur die Gewinnabführungen an die kommunalen Haushalte, auch wird die Quersubventionierung von kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen erschwert. Per saldo werden sich in diesem Jahr die Zuschüsse der westdeutschen Kommunen deutlich — auf 2,5 Mrd. DM — vermindern; für nächstes Jahr ist sogar trotz schrumpfender Investitionsausgaben ein Minus von

1½ Mrd. DM zu erwarten. Die ostdeutschen Gemeinden werden in diesem und im nächsten Jahr fast ausgeglichen abschließen.¹³

Finanzpolitische Überlegungen

Die Finanzpolitik ist von zwei gegenläufigen Entwicklungen geprägt. In diesem Jahr dominiert das Sparziel; per saldo gehen von den Haushalten der Gebietskörperschaften restriktive Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft aus. Im nächsten Jahr prägt die Steuerreform die fiskalische Entwicklung; sie zieht erhebliche Steuerausfälle nach sich und gibt der Wirtschaft expansive Impulse, die gewichtiger sind als die Restriktionen auf der Ausgaben-seite. Aus konjunktureller Perspektive kommen die Steuerentlastungen zum richtigen Zeitpunkt, stärken sie doch die Expansionskraft der deutschen Volkswirtschaft. Die Exportdynamik, die bisher das Wachstum getragen hat, dürfte nachlassen.¹⁴

Deutliche Impulse sind insbesondere aus der Einkommensteuerreform zu erwarten. Mit dem Vorziehen der zweiten Stufe des Steueränderungsgesetzes 1999/2000/2002 werden die privaten Haushalte im nächsten Jahr fast 30 Mrd. DM mehr für Ausgaben zur Verfügung haben. Ein Großteil dieses Betrages wird in den privaten Verbrauch fließen und damit den Konjunkturaufschwung stabilisieren. Gerade im Jahre 2001 werden die unteren und mittleren Einkommensbezieher spürbar entlastet, während vom Steuertarif 2003 eher die Haushalte mit höherem Einkommen profitieren. Der Steuertarif 2005 bringt auch dem Durchschnittsverdiener wieder deutlichere Vorteile (Tabelle 8). Auf allen drei Entlastungsstufen zusammen sind es ansehnliche Beträge, um die die Haushaltseinkommen verbessert werden. Nach dem Steuertarif 2005 zahlt ein lediger Steuerpflichtiger mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60 000 DM nur noch 13 418 DM Einkommensteuer, also 15% weniger als heute; bei 40 000 DM zu versteuerndem Einkommen beträgt die Entlastung 18%. Von der Senkung der Spitzensteuersätze profitieren insbesondere die Besserverdienenden: Ein lediger Steuerpflichtiger zahlt im Jahre 2005 bei einem zu versteuernden Einkommen von 200 000 DM im Vergleich zu heute fast 12 900 DM weniger Steuern (–16%).

Mit der Reform der Unternehmenssteuern verbessern sich die Bedingungen auf der Angebotsseite und machen den Standort Deutschland für ausländische Investoren attraktiver. Andererseits nehmen, da sich die Abschreibungsbedingungen deutlich verschlechtern, die Anreize

¹³ In den vergangenen Jahren ist es in den Kommunalhaushalten zu umfangreichen „Ausgliederungen“ kommunaler Einrichtungen gekommen. Dieser Prozess hält an. Dadurch ist ein Vergleich mit den Vorjahren verzerrt.

¹⁴ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2000/2001, a.a.O.

Tabelle 9

Besteuerung mittelständischer Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften nach dem Steuerrecht 2005*

Gewinn vor Steuern	Steuerbelastung ¹⁾ nach dem Recht 2000		Ausweitung der Bemessungsgrundlage ²⁾	Personenunternehmen					Umgründung zur Kapitalgesellschaft											
				Steuerbelastung ³⁾ insgesamt		Mehrbelastung (+) /Entlastung (-) gegenüber Recht 2000		nachrichtl.: Gewerbesteueranrechnung ⁴⁾	Keine Ausschüttung				50 % Ausschüttung				Volle Ausschüttung			
									Steuerbelastung ⁵⁾ insgesamt		Mehrbelastung (+) /Entlastung (-) gegenüber Recht 2000		Steuerbelastung ³⁾ insgesamt		Mehrbelastung (+) /Entlastung (-) gegenüber Recht 2000		Steuerbelastung ⁵⁾ insgesamt		Mehrbelastung (+) /Entlastung (-) gegenüber Recht 2000	
DM	DM	%	DM	DM	%	DM	%	DM	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
25 000	0	0,0	250	0	0,0	0	-	0	600	2,4	600	-	600	2,4	600	-	600	2,4	600	-
30 000	704	2,3	300	0	0,0	-704	-100,0	0	600	2,0	-104	-14,8	600	2,0	-104	-14,8	600	2,0	-104	-14,8
40 000	3 200	8,0	400	1 818	4,5	-1 382	-43,2	0	1 842	4,6	-1 358	-42,4	1 842	4,6	-1 358	-42,4	1 842	4,6	-1 358	-42,4
50 000	6 205	12,4	500	4 261	8,5	-1 944	-31,3	-43	4 129	8,3	-2 076	-33,5	4 129	8,3	-2 076	-33,5	4 129	8,3	-2 076	-33,5
60 000	9 356	15,6	1 200	7 133	11,9	-2 223	-23,8	-229	6 862	11,4	-2 494	-26,7	6 862	11,4	-2 494	-26,7	6 862	11,4	-2 494	-26,7
70 000	12 673	18,1	1 400	9 976	14,3	-2 697	-21,3	-407	9 628	13,8	-3 045	-24,0	9 628	13,8	-3 045	-24,0	9 628	13,8	-3 045	-24,0
80 000	16 248	20,3	1 600	13 012	16,3	-3 236	-19,9	-725	12 491	15,6	-3 757	-23,1	12 491	15,6	-3 757	-23,1	12 491	15,6	-3 757	-23,1
90 000	20 002	22,2	1 800	16 150	17,9	-3 852	-19,3	-1 068	15 515	17,2	-4 487	-22,4	15 515	17,2	-4 487	-22,4	15 515	17,2	-4 487	-22,4
100 000	23 922	23,9	2 000	19 416	19,4	-4 506	-18,8	-1 462	18 633	18,6	-5 288	-22,1	18 633	18,6	-5 288	-22,1	18 633	18,6	-5 288	-22,1
125 000	34 657	27,7	2 500	28 126	22,5	-6 531	-18,8	-2 738	27 027	21,6	-7 630	-22,0	27 027	21,6	-7 630	-22,0	27 027	21,6	-7 630	-22,0
150 000	46 500	31,0	3 000	37 600	25,1	-8 900	-19,1	-4 347	33 015	22,0	-13 485	-29,0	33 015	22,0	-13 485	-29,0	33 015	22,0	-13 485	-29,0
175 000	59 377	33,9	5 250	48 431	27,7	-10 946	-18,4	-6 422	43 485	24,8	-15 892	-26,8	43 485	24,8	-15 892	-26,8	43 485	24,8	-15 892	-26,8
200 000	72 835	36,4	6 000	59 269	29,6	-13 566	-18,6	-8 390	54 212	27,1	-18 623	-25,6	54 212	27,1	-18 623	-25,6	54 212	27,1	-18 623	-25,6
250 000	99 662	39,9	7 500	82 171	32,9	-17 491	-17,6	-12 318	73 817	29,5	-25 845	-25,9	77 149	30,9	-22 513	-22,6	80 498	32,2	-19 164	-19,2
300 000	126 553	42,2	9 000	105 217	35,1	-21 336	-16,9	-16 246	93 184	31,1	-33 369	-26,4	100 152	33,4	-26 402	-20,9	107 140	35,7	-19 413	-15,3
400 000	180 236	45,1	12 000	151 309	37,8	-28 927	-16,0	-24 102	131 919	33,0	-48 317	-26,8	146 161	36,5	-34 075	-18,9	160 374	40,1	-19 862	-11,0
600 000	287 655	47,9	18 000	243 490	40,6	-44 165	-15,4	-39 814	209 387	34,9	-78 268	-27,2	238 130	39,7	-49 526	-17,2	266 842	44,5	-20 813	-7,2
800 000	395 019	49,4	24 000	335 718	42,0	-59 301	-15,0	-55 525	286 856	35,9	-108 163	-27,4	330 098	41,3	-64 921	-16,4	373 311	46,7	-21 708	-5,5
1 000 000	502 440	50,2	30 000	427 899	42,8	-74 541	-14,8	-71 237	364 323	36,4	-138 116	-27,5	422 065	42,2	-80 374	-16,0	479 778	48,0	-22 661	-4,5
2 000 000	1 039 428	52,0	60 000	888 947	43,2	-150 481	-14,5	-149 797	751 665	36,5	-287 763	-27,7	881 906	42,8	-157 522	-15,2	1 012 167	49,1	-27 261	-2,6
3 000 000	1 576 416	52,5	90 000	1 349 948	43,7	-226 468	-14,4	-228 356	1 139 006	36,9	-437 410	-27,7	1 341 796	43,4	-234 620	-14,9	1 544 556	50,0	-31 860	-2,0
4 000 000	2 113 403	52,8	120 000	1 810 950	44,0	-302 453	-14,3	-306 915	1 526 347	37,0	-587 056	-27,8	1 801 636	43,7	-311 767	-14,8	2 076 945	50,4	-36 458	-1,7
5 000 000	2 650 390	53,0	150 000	2 271 952	44,1	-378 438	-14,3	-385 475	1 913 688	37,2	-736 702	-27,8	2 261 477	43,9	-388 913	-14,7	2 609 334	50,7	-41 056	-1,5

* In dieser Modellrechnung wurde unterstellt, dass ein Unternehmer sein Unternehmen alternativ als Personen- oder als Kapitalgesellschaft führt.

¹⁾ Gewerbesteuer (Hebesatz: 360 %), Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag (5,5 %). — ²⁾ Ausweitung der Bemessungsgrundlage durch Finanzierungsmaßnahmen; Annahme: Gewinn bis 50 Tsd. DM um 1%, bis 150 Tsd. DM um 2 % und über 150 Tsd. DM um 3 %. — ³⁾ Gewerbesteuer (Hebesatz: 360 %), Einkommensteuer (einschl. Abschaffung der Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte), Solidaritätszuschlag 5,5 %. — ⁴⁾ Die Gewerbesteuerentlastung beträgt das 1,8fache des Steuermessbetrages. — ⁵⁾ Pensionsrückstellung von 10 Tsd. DM wird bei einem Gewinn von mehr als 150 Tsd. DM von der Bemessungsgrundlage abgezogen; bei Gewinnen unter 150 Tsd. DM ist eine Direktversicherung von 3 000 DM zuzgl. pauschaler LSt (20 %) unterstellt. Abzug einer Geschäftsführervergütung bis 200 Tsd. DM; Gewinne, die diese Vergütung übersteigen, unterliegen im Falle der Ausschüttung bei der Einkommensteuer dem Halbeinkünfteverfahren.

Quelle: Berechnungen des DIW.

für Sachinvestitionen ab. Bei der Diskussion um die finanziellen Auswirkungen geht es vor allem darum, ob Personengesellschaften wegen der unterschiedlichen Steuersätze künftig schlechter behandelt werden als vergleichbare Kapitalgesellschaften. Diese Frage lässt sich nur schwer beantworten, da eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle spielt: Höhe der Ausschüttung, Höhe des Geschäftsführergehalts für den Fall der Kapitalgesellschaft, eingesetztes Kapital und dessen Verzinsung u. Ä. In einer Modellrechnung wurden die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform nach dem Steuertarif 2005 ermittelt (Tabellen 9 und 10). Dabei ist unterstellt worden, dass ein Unternehmer seinen Betrieb alternativ als Personen- oder als Kapitalgesellschaft führt.¹⁵

Generell gilt — bei den hier getroffenen Modellannahmen —, dass eine Personengesellschaft dann niedriger besteuert wird als eine Kapitalgesellschaft, wenn die Gewinne unter 45 000 DM liegen. Übersteigen sie diesen Betrag, hängen die steuerlichen Vor- und Nachteile von der Ausschüttungsquote ab. Beträgt der Jahresgewinn eine Million DM und wird nicht ausgeschüttet, hat die Kapitalgesellschaft steuerliche Vorteile von etwa 63 500 DM. Bei einer Ausschüttungsquote von 50 % sind es nur noch knapp 6 000 DM. Wird der gesamte Gewinn ausgeschüttet, liegen die steuerlichen Vorteile bei der Personengesellschaft; sie hat fast 52 000 DM weniger zu zahlen als Kapitalgesellschaft und Anteilseigner zusammen. Im Falle der vollen Ausschüttung ist die Besteuerung der Personengesellschaften immer dann günstiger, wenn der Gewinn höher ist als 300 000 DM.

Auch wenn die Steuerreform grundsätzlich zu begrüßen ist, stellt sich die Frage, ob die finanzpolitischen Wechselbäder der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung förderlich sind — in diesem Jahr wirkt die Finanzpolitik restriktiv, im nächsten expansiv und im Jahre 2002 wohl wieder kontraktiv. Wünschenswert wäre ein stetiges und zugleich aber weniger restriktives Ausgabeverhalten: Welchen Sinn macht es gesamtwirtschaftlich, wenn die Finanzpolitik auf der einen Seite einen rigiden Sparkurs fährt, um auf der anderen Seite — und verzögert — mit den eingesparten Mitteln die Steuersenkungen zu finanzieren? Die wirtschaftliche Entwicklung wird nur dann fühlbar stimuliert, wenn die Steuersenkungen größer als die Einsparungen sind und Kredite aufgenommen werden müssen und/oder die verfügbaren Mittel einer produktiveren Verwendung zugeführt werden. Bereits in den vergangenen Jahren wurden Sparhaushalte verabschiedet, die Spielräume für eine unproduktive Mittelverwendung sind sehr viel kleiner geworden. Doch fielen auch Infrastrukturausgaben dem Rotstift zum Opfer; von 1994 bis 1999 wurden die öffentlichen Investitionen um ein Viertel gekürzt. Die Gemeinden haben oftmals keine andere Wahl, als in dieser Weise auf Einnahmefälle zu reagieren. Umso mehr wird es für die Bundesländer darauf ankommen, in den Verhandlungen um den kommunalen Finanzaus-

gleich zu verhindern, dass die Gemeinden zusätzlich unter finanziellen Druck geraten und ihre Investitionsausgaben noch weiter senken.

Bereits heute befinden sich viele öffentliche Infrastruktureinrichtungen in einem beklagenswerten Zustand, und in Ostdeutschland besteht noch immer ein erheblicher Nachholbedarf. Angesprochen ist nicht nur das staatliche Anlagevermögen, es geht auch um die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft, deren rückläufige Entwicklung in den vergangenen Jahren besorgniserregend ist. Die Frage liegt nahe, warum dieser außerordentlich brisante Tatbestand, der insbesondere langfristig der Volkswirtschaft schadet, in der öffentlichen Debatte im Gegensatz zu den Problemen der Rentenversicherung, die erst von 2020 an relevant werden, kaum thematisiert wird.

¹⁵ Es wird angenommen, dass bei den Kapitalgesellschaften Geschäftsführervergütungen bis zu 200 000 DM den Gewinn mindern und der privaten Einkommensteuer unterliegen. Übersteigen die Gewinne diesen Betrag, dann werden sie im Falle der Ausschüttung dem Halbeinkünfteverfahren unterworfen.

Tabelle 10
Besteuerung mittelständischer Personenunternehmen
und Kapitalgesellschaften im Vergleich
DM

Gewinn vor Steuern	Besteuerung von Kapitalgesellschaften ungünstiger (+); Personenunternehmen ungünstiger (-)		
	Keine Ausschüttung	50% Ausschüttung	Volle Ausschüttung
25 000	600	600	600
30 000	600	600	600
40 000	24	24	24
50 000	-131	-131	-131
60 000	-271	-271	-271
70 000	-348	-348	-348
80 000	-521	-521	-521
90 000	-635	-635	-635
100 000	-782	-782	-782
125 000	-1 099	-1 099	-1 099
150 000	-4 585	-4 585	-4 585
175 000	-4 946	-4 946	-4 946
200 000	-5 056	-5 056	-5 056
250 000	-8 354	-5 022	-1 673
300 000	-12 032	-5 065	1 923
400 000	-19 390	-5 148	9 065
500 000	-26 745	-5 278	16 210
600 000	-34 103	-5 361	23 352
700 000	-41 507	-5 540	30 449
800 000	-48 862	-5 620	37 593
900 000	-56 220	-5 753	44 735
1 000 000	-63 576	-5 834	51 879
2 000 000	-137 283	-7 041	123 220
3 000 000	-210 942	-8 152	194 608
4 000 000	-284 604	-9 314	265 995
5 000 000	-358 264	-10 475	337 382

Quelle: Berechnungen des DIW.

Es geht aber nicht nur um die Bereiche, für die Bund, Länder und Gemeinden unmittelbar Verantwortung tragen. Not leidend ist etwa auch die Bahn AG, die offenbar nicht mehr in der Lage ist, die geplanten Neubauprojekte zu realisieren, sondern die hierfür vorgesehenen Mittel für Erhaltungsmaßnahmen im bestehenden Netz ausgeben muss. Sie steht als warnendes Beispiel für eine Politik, die es unterlässt, rechtzeitig und hinreichend in Modernisierungs- und Erhaltungsmaßnahmen sowie in neue Projekte zu investieren. Auch die öffentliche Infrastruktur ist ein

gewichtiger Standortfaktor. Es wäre fatal, wenn die Wachstumsimpulse, die in der Steuerreform angelegt sind, durch Kürzungen auf der Ausgabenseite konterkariert werden. Die sich abzeichnenden konjunkturellen Steuermehreinnahmen wie auch der Spielraum, der sich durch die Zinersparnisse infolge der UMTS-Erlöse eröffnet, verringern den Druck zu weiteren Einsparungen. Zusätzliche Steuerentlastungen, die ihn wieder erhöhen würden, sind jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzulehnen.

Unternehmensorientierte Dienstleister: Noch Nachholbedarf bei der Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnik

Durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikations- (IuK-) Technik kann die Effizienz der Produktion und der Distribution von Waren und Dienstleistungen deutlich verbessert werden. Dies gilt insbesondere, wenn diese Technik zur stärkeren Vernetzung der unternehmensinternen Arbeitsabläufe und der unternehmensexternen Kommunikationsprozesse genutzt wird. Nach den Ergebnissen einer DIW-Umfrage, an der sich rund 750 produktionsorientierte Dienstleister beteiligt haben, waren 1998 in diesen Branchen rund 52% aller Arbeitsplätze mit einem PC ausgestattet. Über die Hälfte der Betriebe besaß zum Zeitpunkt der Umfrage eine Internet-Homepage, ein weiteres Viertel hatte die Einrichtung geplant. Bislang gehört allerdings nur rund ein Zehntel der produktionsorientierten Dienstleister zu den intensiven Nutzern von speziellen IuK-Techniken, die eine bessere interne und externe Arbeitsteilung ermöglichen; dazu gehören E-Mail, Internet-Kommunikation sowie groupware/workflow-Systeme und lokale Datennetze (Intranet). Dagegen ist rund ein Fünftel der Betriebe beim Einsatz solcher Techniken noch zurückhaltend. In der Gruppe der Kleinbetriebe mit bis zu vier sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt der Anteil dieser IuK-Skeptiker sogar über 40%.

Bisherige Studien zum Einsatz von IuK-Technik in Unternehmen haben sich meist auf das verarbeitende Gewerbe, den Handel und die Finanzdienstleister konzentriert.¹ Über die Anwendung moderner IuK-Techniken in den übrigen Dienstleistungsbranchen gibt es deshalb bislang kaum detaillierte Informationen. Dies ist umso unbefriedigender, als gerade die produktionsorientierten Dienstleister im letzten Jahrzehnt zu den am stärksten wachsenden Bereichen der Gesamtwirtschaft gehört haben.² Auch spielen diese Unternehmen im Rahmen einer arbeitsteilig organisierten Wirtschaft eine immer wichtigere Rolle für das Innovations- und Wachstumspotential der Industrie.³

Im Jahre 1998 waren rund 19% aller Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den beiden hier untersuchten Teilbereichen *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* sowie *Wohnungswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen* zuzuordnen (Tabelle 1). In ihnen waren knapp 15% aller Erwerbstätigen beschäftigt (1991: 13%), die 28% des Bruttoinlandsproduktes erwirtschafteten (1991: 24%). Die vergleichsweise hohe Pro-Kopf-Wertschöpfung der produktionsorientierten Dienstleistungsunternehmen erklärt sich allerdings insbesondere durch die hohen Gebäudeabschreibungen in der Wohnungswirtschaft.

DIW-Umfrage unter unternehmensorientierten Dienstleistern

Das DIW hat zur Jahreswende 1999/2000 rund 8200 Betriebe aus den beiden genannten Dienstleistungsbereichen angeschrieben und nach der Anwendung moderner IuK-Technik befragt. Basis war eine nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtete Stichprobe aus dem Adresenbestand der Bundesanstalt für Arbeit. Die branchenmäßige Zuordnung entsprach dabei noch der alten Systematik der Wirtschaftszweige (WS 73). Die 803

verwertbaren Fragebögen wurden vom DIW nach den jeweiligen Angaben zum Tätigkeitsschwerpunkt auf die neue Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) umgeschlüsselt. Hierbei stellte sich heraus, dass rund 7% der angeschriebenen Betriebe nicht oder nicht mehr zur Zielgruppe der produktionsorientierten Dienstleister gehörten (Tabelle 2).

Die Rücklaufquote von rund 10% entspricht den Ergebnissen vergleichbarer Erhebungen.⁴ Zu berücksichtigen ist außerdem, dass sich in der Adressenstichprobe knapp 1000 Betriebsstätten von insgesamt 30 großen Mehrbetriebsunternehmen befunden haben, von denen in einer Reihe von Fällen ein Fragebogen für das Gesamtunternehmen ausgefüllt wurde. Die 745 Betriebe aus dem Bereich der produktionsorientierten Dienstleister repräsentieren rund 360000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und einen Umsatz von 110 Mrd. DM. Damit wurde

¹ Vgl. u. a. H. Schedl, H. Penzkofer, H. Schmalholz: Wie weit sind die Unternehmen auf dem Weg in die Informationsgesellschaft? In: Ifo-Schnelldienst, Nr. 3/99, S. 4; G. Fuchs: Unternehmen im Netz. Umfrage zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken in kleineren und mittleren Unternehmen der Region Stuttgart. Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Nr. 154, Stuttgart 2000; A. Mahler: Strukturwandel im Bankensektor – Der Einfluß neuer Telekommunikationsdienste. Diskussionsbeiträge des Wissenschaftlichen Instituts für Kommunikationsdienste, Nr. 184, Bad Honnef 1998.

² H. Hofmann, W. Ochel, M. Wilhelm: Beschäftigungspotentiale unternehmensbezogener Dienstleistungen. In: Ifo-Schnelldienst, Nr. 15/99, S. 31.

³ S. Strambach: Wissensintensive unternehmensorientierte Dienstleistungen — Ihre Bedeutung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2/97, S. 230.

⁴ Vgl. B. Padovan: Potentiale, Hürden und Entwicklung des Electronic Commerce. In: J. Barthel et al. (Hrsg.): Electronic Commerce — Herausforderungen und Chancen für Baden-Württemberg. Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Nr. 155, Stuttgart 2000.

Tabelle 1

Kennziffern zu unternehmensorientierten Dienstleistern im Jahre 1998

	Systematik der Wirtschaftszweige WZ 93	Bruttowertschöpfung	Steuerbarer Umsatz	Umsatzsteuerpflichtige	Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Erwerbstätige	Bruttowertschöpfung	Steuerbarer Umsatz	Umsatzsteuerpflichtige	Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Erwerbstätige
		in Mrd. DM		in 1000				Anteile in %					
Gesamtwirtschaft	A - O	3 784	7 391	2 859	2 080	27 208	35 999	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100
Alle Dienstleistungsbereiche	H - O	2 413	1 560	1 427	1 478	16 527	23 777	63,8	21,1	49,9	71,0	60,7	66
Unternehmensorientierte Dienstleister ¹⁾	I, K	1 058	1 165	840	390	3 898	5 285	27,9	15,8	29,4	18,8	14,3	15
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	I	204	364	128	103	1 441	1 978	5,4	4,9	4,5	5,0	5,3	5
davon:													
Transportdienste	601-634	-	249	122	92	1 160	-	-	3,4	4,3	4,4	4,3	-
Nachrichtenübermittlung	641, 642	-	115	6	12	281	-	-	1,6	0,2	0,6	1,0	-
Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen	K	854	801	712	287	2 457	3 307	22,6	10,8	24,9	13,8	9,0	9
davon:													
Wohnungswesen	701-703	-	220	234	49	232	-	-	3,0	8,2	2,4	0,9	-
Vermietung beweglicher Sachen	711-713	-	63	22	9	56	-	-	0,9	0,8	0,4	0,2	-
DV-Dienstleistungen	721-726	-	63	42	17	222	-	-	0,9	1,5	0,8	0,8	-
Forschung und Entwicklung	731, 732	-	8	6	3	131	-	-	0,1	0,2	0,1	0,5	-
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung	741	-	187	136	85	572	-	-	2,5	4,7	4,1	2,1	-
Architektur- und Ingenieurbüros	742	-	73	120	55	340	-	-	1,0	4,2	2,7	1,3	-
Technische, physikal. und chem. Untersuchung	743	-	7	3	4	51	-	-	0,1	0,1	0,2	0,2	-
Werbung	744	-	43	36	15	81	-	-	0,6	1,3	0,7	0,3	-
Arbeitnehmerüberlassung	745	-	11	3	5	244	-	-	0,1	0,1	0,2	0,9	-
Detekteien und Schutzdienste	746	-	6	4	4	95	-	-	0,1	0,1	0,2	0,3	-
Reinigung von Gebäuden, Inventar, Fahrzeugen	747	-	20	23	21	293	-	-	0,3	0,8	1,0	1,1	-
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	748	-	100	85	20	140	-	-	1,4	3,0	0,9	0,5	-

¹⁾ In die DIW-Dienstleistungsumfrage 1999/2000 einbezogene Wirtschaftsbereiche.
Quellen: Statistisches Bundesamt (Umsatzsteuerstatistik, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung); Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

Tabelle 2

DIW-Dienstleistungsumfrage 1999/2000

Wirtschaftszweig (WZ 93)	Betriebsgröße nach Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten						Insgesamt	Anteile in %	Antwort- quote in %
	unter 5	5 bis 19	20 bis 199	200 bis 499	500 und mehr				
	Zahl der Antworten								
Verkehr und Nachrichtenübermittlung									
Transportdienste	18	40	76	30	30	194	24,2	10,4	
Reisebüros	4	2	1	0	5	12	1,5	6,1	
Nachrichtenübermittlung	0	1	1	5	26	33	4,1	5,9	
Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen									
Wohnungswesen	9	12	23	8	8	60	7,5	9,8	
DV-Dienstleistungen ¹⁾	10	10	30	7	11	68	8,5	-	
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung	29	38	26	6	2	101	12,6	10,8	
Architektur- und Ingenieurbüros	30	38	39	9	5	121	15,1	13,5	
Werbung	8	11	8	0	0	27	3,4	9,8	
Arbeitnehmerüberlassung	1	3	26	13	11	54	6,7	10,0	
Sonstige Unternehmensdienstleistungen	14	13	25	12	11	75	9,3	5,8	
Übrige Wirtschaftszweige									
Produzierendes Gewerbe/ Handel	3	4	11	5	4	27	3,4	-	
Sonstige Dienstleistungen	9	6	7	4	5	31	3,9	-	
Alle Wirtschaftszweige	135	178	273	99	118	803	100,0	9,8	
Anteile in %	16,8	22,2	34,0	12,3	14,7	100,0			
Antwortquote in %	8,1	10,8	10,6	9,9	9,1	9,8			

¹⁾ In der Systematik der Wirtschaftszweige WS 73 noch nicht getrennt ausgewiesen.

Quelle: DIW-Dienstleistungsumfrage 1999/2000.

mit der DIW-Umfrage rund ein Zehntel der Wirtschaftsaktivität dieser Wirtschaftszweige in Deutschland erfasst.

Die Rücklaufquote weist nach Beschäftigtengrößenklassen nur geringe Unterschiede auf. Die Betriebe mit bis zu 4 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und mit 500 und mehr sind jeweils leicht unterrepräsentiert. Größere Differenzen gab es im Antwortverhalten einzelner Dienstleistungsbranchen. Niedrige Rücklaufquoten waren insbesondere in den Wirtschaftszweigen mit einem hohen Anteil von Kleinbetrieben und mit einer starken Dominanz von Mehrbetriebsunternehmen zu verzeichnen. In den acht Branchen Transportdienste (ohne Reisebüros), Nachrichtenübermittlung, Wohnungswesen, DV-Dienstleistungen, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung sowie Arbeitnehmerüberlassung sind die Fallzahlen groß genug, um getrennte Auswertungen zu ermöglichen.

luK-Anwendung bei unternehmensorientierten Dienstleistern

Im Jahre 1998 lag der Anteil der PC-Arbeitsplätze bei den antwortenden Betrieben bei 52%. Im gleichen Jahr wurden im Durchschnitt 6,4% vom Umsatz für den Bezug

von luK-Technik und luK-Diensten ausgegeben (Tabelle 3). Je PC-Arbeitsplatz waren es knapp 9 000 DM. Dies entspricht 4 650 DM je Mitarbeiter, wobei 42% der Summe auf Hardwarekäufe, 21% auf Softwarekäufe, 31% auf externe DV-Dienstleistungen und 6% auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen entfielen. Für das Jahr 1999 wurde mit einem Anstieg dieser Ausgaben um 17% gerechnet, auf 10 700 DM je PC-Arbeitsplatz.

Die PC-Dichte ist in den kleineren Betrieben im Durchschnitt höher als in den größeren Betrieben. Gleiches gilt für die luK-Ausgabenquote. Allerdings waren die absoluten PC-Ausgaben mit gut 10 000 DM je PC-Arbeitsplatz in der Gruppe der mittleren Betriebe 1998 am höchsten. Ausschlaggebend hierfür waren nicht so sehr Käufe besonders teurer Hard- und Software, sondern vergleichsweise hohe Ausgaben für den Bezug externer luK-Dienstleistungen.

Zwischen den einzelnen Dienstleistungsbranchen gibt es große Spannen bei der PC-Dichte und der luK-Ausgabenquote. Wenig überraschend ist, dass die DV-Dienstleister in beiden Fällen mit Abstand den Spitzenplatz einnehmen. Im Jahre 1998 lag dort die PC-Dichte bei 83%, und die durchschnittlichen luK-Ausgaben je PC-Arbeitsplatz betragen reichlich 16 000 DM. Dies entsprach mehr als 15% des Umsatzes. Überdurchschnittlich war die luK-

Tabelle 3

PC-Dichte und IuK-Ausgaben im Jahre 1998 bei den unternehmensorientierten Dienstleistern

	Anteil PC-Arbeitsplätze	IuK-Ausgaben je PC-Arbeitsplatz					Anteil der IuK-Ausgaben
		Insgesamt	Hardware	Software	IuK-DL externer Anbieter	IuK-Weiterbildung	
	in %	in DM					in %
Alle Betriebe	51,9	8 972	3 790	1 894	2 751	537	6,4
Nach Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten							
0 bis 19	59,7	7 826	3 603	1 862	1 810	551	6,6
20 bis 499	48,3	10 026	3 967	1 956	3 572	531	5,9
500 und mehr	37,5	9 054	4 453	1 641	2 553	408	5,1
Nach Wirtschaftszweigen							
DV-Dienstleistungen	83,3	16 442	6 263	2 682	5 604	1 893	15,3
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung	79,7	8 004	3 836	2 212	1 603	352	8,2
Architektur- und Ingenieurbüros	72,2	6 681	3 205	1 885	963	628	7,8
Wohnungswesen	65,9	9 604	4 008	2 123	2 916	557	2,0
Werbung	53,4	13 139	5 240	1 294	5 894	711	4,6
Sonstige Unternehmensdienstleistungen	45,2	7 010	3 782	1 453	1 490	285	5,6
Nachrichtenübermittlung	34,6	5 840	3 775	1 433	302	330	4,2
Transportdienste	23,2	7 421	3 256	1 928	1 947	289	4,5
Arbeitnehmerüberlassung	18,2	13 733	2 693	1 095	9 742	203	2,8

Quelle: DIW-Dienstleistungsumfrage 1999/2000.

Ausgabenquote auch in den beiden Wirtschaftszweigen Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sowie Architektur- und Ingenieurbüros. Beide Dienstleistungsbranchen wiesen auch überdurchschnittlich hohe PC-Dichten von 80 % bzw. 72 % auf. Vergleichsweise gering war dagegen der Anteil der PC-Arbeitsplätze bei der Nachrichtenübermittlung (35 %) und bei den Transportdiensten (23 %).

Geringer Vernetzungsgrad bei Klein- und Mittelbetrieben

Eine hohe PC-Dichte bzw. ein hoher finanzieller Aufwand für IuK-Technik allein ist keine Garantie für Produktivitätssteigerungen. Eine effizienzsteigernde Wirkung tritt erst dann ein, wenn der Einsatz der IuK-Technik zu einer Reorganisation der internen Arbeitsabläufe und der externen Kommunikationsprozesse mit Lieferanten, Kooperationspartnern und Kunden genutzt wird. Moderne IuK-Techniken erleichtern die elektronische Vernetzung und ermöglichen sowohl eine bessere Abstimmung paralleler Arbeitsprozesse als auch Zeitersparnisse durch die Vermeidung von so genannten Medienbrüchen. Letztere entstehen insbesondere dann, wenn neben der elektronischen Informationsverarbeitung weiterhin in großem Umfang traditionelle Kommunikationsmittel wie Telefon, Fax oder Papier verwendet werden.

Um den Grad der externen und internen Vernetzung durch IuK-Technik zu ermitteln, wurden die Betriebe um einen nach dem Vorhandensein einer eigenen Internet-

Homepage und deren Verwendung für Kommunikations- und/oder Transaktionszwecke befragt. Weiterhin wurden die Betriebe gebeten, die relative Bedeutung verschiedener IuK-Dienste und IuK-Techniken für ihre externe und interne Kommunikation zu bewerten.

Von den 745 unternehmensorientierten Dienstleistungsbetrieben hatten 53 % eine Internet-Homepage, diese wurde jedoch nur von 31 % der Betriebe auch zur Kommunikation mit Externen und sogar nur von 14 % auch zur Abwicklung von elektronischen Transaktionen verwendet (Tabelle 4). Diese Werte korrespondieren auch mit der Einschätzung der relativen Bedeutung von traditionellen und modernen IuK-Diensten für die externe Kommunikation. Auf einer Skala von 1 (sehr wichtig) bis 4 (unbedeutend) erreicht das Telefon einen Durchschnittswert von 1,6 und das Fax 1,9. Dagegen kommen E-Mail und Internet/www lediglich auf Werte von 2,7 bzw. 3,1. Diese Rangfolge gilt für fast alle externen Kommunikationsprozesse. Einzige Ausnahme ist die Informationsbeschaffung, bei der das Internet mittlerweile beinahe den Stellenwert des Telefons erreicht hat (Abbildung 1).

Die externe Internet- und E-Mail-Kommunikation hat in Großunternehmen eine deutlich stärkere Bedeutung als in Kleinunternehmen. Dieses unterschiedliche Kommunikationsverhalten zeigt sich auch im Vorhandensein oder in der Nutzung einer eigenen Internet-Homepage. Von den Betrieben mit 500 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten zum Zeitpunkt der Umfrage

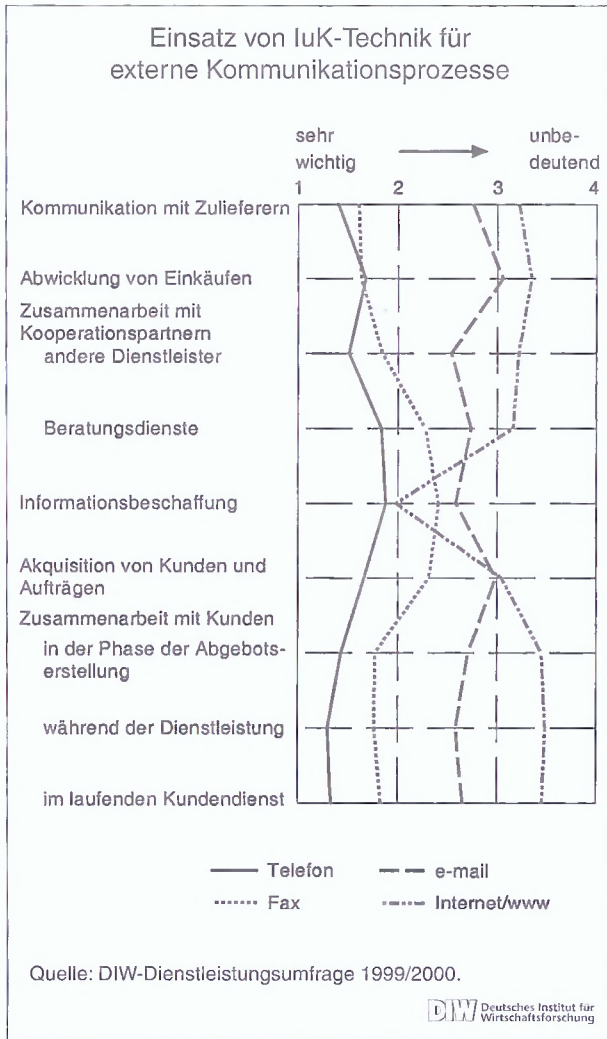
Tabelle 4

Grad der externen und internen Vernetzung durch IuK-Technik bei den unternehmensorientierten Dienstleistern im Jahre 1998

	Besitzt Ihr Unternehmen/Betrieb eine Homepage im Internet?		Die Homepage wird genutzt ...			Durchschnittsbewertung von modernen IuK-Techniken für externe Kommunikationsprozesse				Durchschnittsbewertung von modernen IuK-Techniken für interne Arbeitsabläufe	
	ja	geplant	zur Darstellung Ihres Unternehmens?	für die Kommunikation mit Kunden?	zur Abwicklung von Dienstleistungen?	Telefon	Fax	E-Mail	Internet/www	Groupware/workflow-Systeme	Lokales Datennetz (Intranet)
	Anteil an allen Betrieben in %					1 = sehr wichtig ; 4 = unbedeutend					
Alle Betriebe	53,1	25,8	52,4	31,1	14,3	1,6	1,9	2,7	3,1	2,2	2,3
Nach Zahl der sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigten											
0 bis 19	32,4	34,4	31,1	13,4	8,4	1,6	2,0	2,9	3,3	2,5	2,8
20 bis 499	63,4	22,9	62,8	38,6	16,5	1,5	1,9	2,7	3,1	2,1	2,2
500 und mehr	76,3	10,5	74,6	54,4	26,3	1,5	2,0	2,5	3,0	2,0	1,9
Nach Wirtschaftszweigen											
DV-Dienstleistungen	92,5	6,0	92,5	61,2	25,4	1,7	2,3	1,9	2,5	1,9	1,9
Wohnungswesen	64,4	13,6	61,0	42,4	23,7	1,5	1,9	2,9	3,2	2,1	1,9
Arbeitnehmerüberlassung	64,2	22,6	64,2	41,5	13,2	1,5	2,1	3,0	3,2	2,2	2,7
Werbung	63,0	22,2	63,0	29,6	11,1	1,5	2,0	2,3	3,1	2,4	2,5
Sonstige Unternehmens- dienstleistungen	54,1	31,1	51,4	28,4	18,9	1,5	1,9	2,8	3,1	2,3	2,5
Nachrichtenübermittlung	50,0	6,3	50,0	37,5	31,3	1,7	2,1	2,7	3,2	1,9	1,8
Architektur- und Ingenieurbüros	45,8	32,5	44,2	15,8	4,2	1,6	1,8	2,7	3,3	2,3	2,6
Transportdienste	44,5	29,8	43,5	29,8	11,5	1,4	1,8	2,8	3,2	2,3	2,5
Rechts-, Steuer- und Unter- nehmensberatung	36,6	33,7	36,6	17,8	5,9	1,8	2,1	3,0	3,3	2,0	2,2

Quelle: DIW-Dienstleistungsumfrage 1999/2000.

Abbildung 1



über 76% einen solchen Auftritt im Internet. Ein Viertel der Großbetriebe nutzte das Internet auch für Transaktionszwecke. Dagegen lag in der Gruppe der Kleinunternehmen der Anteil der Betriebe mit eigener Homepage bei lediglich 32%, als Kommunikationsplattform nutzten nur 8% diese auch für den elektronischen Ein- und Verkauf. Ähnliche Unterschiede zwischen Klein- und Großbetrieben sind auch beim Grad der internen Vernetzung festzustellen. Die relative Bedeutung, die groupware/workflow-Systemen und lokalen Datennetzen (Intranet) zugemessen wird, steigt mit der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten signifikant (Abbildung 2).

IuK-Skeptiker mit geringerem Umsatz- und Beschäftigtenzuwachs

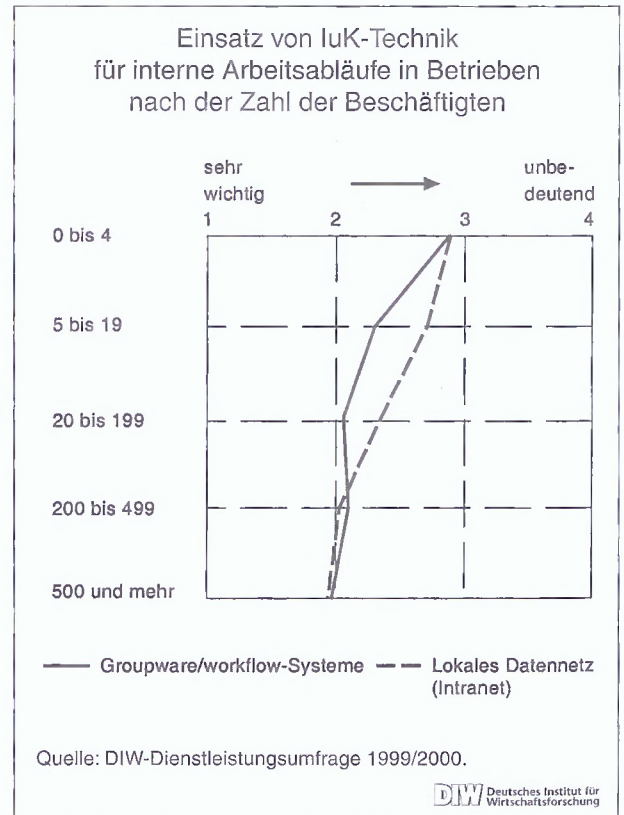
Auch zwischen einzelnen Dienstleistungsbranchen sind deutliche Unterschiede in der E-Mail bzw. Internet-Nutzung und im Grad der internen Vernetzung auszumachen.

Den höchsten Anteil an Betrieben mit eigener Homepage gibt es mit 93% bei den DV-Dienstleistern. Unterdurchschnittlich ist dagegen der Anteil bei den Architektur- und Ingenieurbüros (46%), den Transportdiensten (45%) und den Beratungsdiensten (37%). Die vergleichsweise geringe Internet-Quote von 50% im Bereich Nachrichtenübermittlung erklärt sich durch den hohen Anteil von Mehrbetriebsunternehmen unter anderem Deutsche Telekom AG und Deutsche Post AG, die eine zentrale Homepage für das Gesamtunternehmen eingerichtet haben.

Generell wird der Einsatz von IuK-Technik jedoch stärker von der Betriebsgröße beeinflusst als von der Zugehörigkeit zu bestimmten Dienstleistungsbranchen. Dies wird besonders deutlich, wenn man zwei Anwender-Gruppen bildet, die sich vor allem in ihrer Einstellung zur internen und externen Vernetzung unterscheiden:

- Zur Gruppe *IuK-Innovatoren* wurden diejenigen Betriebe gerechnet, die zum Zeitpunkt der Umfrage eine eigene Internet-Homepage besaßen und die außerdem die IuK-Dienste und -Techniken E-Mail, Internet/www, groupware/workflow-Systeme und lokales Datennetz (Intranet) höher gewichteten als der Durchschnitt aller Betriebe.
- Der Gruppe *IuK-Skeptiker* wurden diejenigen Betriebe zugeordnet, die keine Internet-Homepage besaßen und

Abbildung 2



die genannten Techniken zur internen und externen Vernetzung niedriger gewichtet als der Durchschnitt der befragten Dienstleister.

Zu den IuK-Innovatoren zählen nach diesen Kriterien rund 10% der produktionsorientierten Dienstleistungsunternehmen. Die Gewichtung von E-Mail (1,8), Internet/www (2,2), groupware/workflow-Systemen (1,3) und lokalen Datennetzen (1,3) lag jeweils deutlich über den Durchschnittsbewertungen durch alle Betriebe (Tabelle 4). Die Betriebe dieser Gruppe hatten auch eine überdurchschnittliche PC-Dichte (73%) und einen überdurchschnittlich hohen Anteil der IuK-Ausgaben am Umsatz (9%). Mit rund 11 600 DM je PC-Arbeitsplatz gaben sie 1998 mehr als doppelt so viel aus wie die Gruppe der IuK-Skeptiker (Tabelle 5).

Zu dieser zweiten Gruppe sind rund 18% aller produktionsorientierten Dienstleistungsunternehmen zu zählen. Von ihnen werden E-Mail (3,7), Internet/www (3,8), groupware/workflow-Systeme (3,8) und lokale Datennetze (3,8) durchgängig als nahezu unbedeutend eingestuft. Auch die PC-Dichte (40 %) und die IuK-Ausgabenquote (4,1 %) lag deutlich unter dem Durchschnitt aller Betriebe.

Betrachtet man die Verteilung dieser beiden Gruppen in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen, so sind die Innovatoren insbesondere unter den Betrieben mit 200 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu finden. Der Anteil der Skeptiker ist umgekehrt bei den Kleinbetrieben am höchsten, in der Größenklasse bis 4 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte liegt er sogar über 40%. Auf den ersten Blick scheint die Anwendung von IuK-Techniken zur Vernetzung bei Kleinbetrieben kaum relevant zu sein. Berücksichtigt man allerdings, dass die kleinen und mittleren produktionsorientierten Dienstleister ebenfalls Teile von unternehmensübergreifenden Wertschöpfungsprozessen sind, so ist dieser hohe Anteil von IuK-Skeptikern aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eher problematisch.

Aber auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht scheint ein zögerlicher Einsatz von IuK-Techniken zur internen und externen Vernetzung eine wenig erfolgreiche Strategie zu sein. Nach den Angaben zur Umsatzentwicklung 1998/97 und zu den Umsatzerwartungen 1999/98 verzeichnete die Gruppe der Innovatoren im Durchschnitt ein deutlich größeres Wachstum als die Gruppe der Skeptiker (Tabelle 6). Nahezu drei Fünftel der Skeptiker hatten 1998/97 einen Umsatzzuwachs von weniger als 5%, lediglich knapp ein Viertel dieser Betriebe verzeichneten Umsatzsteigerungen von über 15%. In der Gruppe der Innovatoren war dieser Anteil dagegen fast doppelt so hoch, während der Anteil der Betriebe mit geringem Umsatzzuwachs nur bei 38% lag.

Auch die Antworten auf die Frage nach der Beschäftigungsentwicklung 1999/97 ergeben ein ähnliches Bild. Fast drei Fünftel der Innovatoren gab an, dass die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum gestiegen ist. Unter

Tabelle 5

Unternehmensorientierte Dienstleister nach IuK-Anwendertypen im Jahre 1998

	IuK-Anwendertyp		
	Innovatoren	Alle Betriebe	Skeptiker
PC-Dichte und IuK-Ausgaben	in %		
Anteil PC-Arbeitsplätze	72,9	51,9	40,4
Ausgaben je PC-Arbeitsplatz	in DM		
Insgesamt	11 569	8 972	5 397
Hardware	4 738	3 790	2 875
Software	1 801	1 894	1 186
IuK-DL externer Anbieter	4 040	2 751	1 203
IuK-Weiterbildung	990	537	133
	in %		
Anteil der Ausgaben am Umsatz	9,0	6,4	4,1
Externe und interne Vernetzung			
Besitzt Ihr Unternehmen/Betrieb eine Homepage im Internet?			
ja	100,0	53,1	0,0
geplant	0,0	25,8	40,9
Die Homepage wird genutzt für ...			
die Unternehmensdarstellung	100,0	52,4	0,0
die Kommunikation mit Kunden	80,5	31,1	0,0
Transaktionen	36,4	14,3	0,0
Durchschnittsbewertung von IuK-Techniken für <i>externe</i> Kommunikationszwecke	1 = sehr wichtig; 4 = unbedeutend		
Telefon	1,5	1,6	1,7
Fax	1,8	1,9	2,1
E-Mail	1,8	2,7	3,7
Internet/www	2,2	3,1	3,8
Durchschnittsbewertung von IuK-Techniken für <i>interne</i> Kommunikationszwecke			
Groupware/workflow-Systeme	1,3	2,2	3,8
Lokales Datennetz (Intranet)	1,3	2,3	3,8
Verteilung nach der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	in %		
bis 4	1,6	100,0	40,3
5 bis 19	4,7	100,0	25,2
20 bis 199	10,6	100,0	11,7
200 bis 499	18,6	100,0	7,2
500 und mehr	18,6	100,0	1,8
Alle Betriebe	9,9	100,0	17,5

Quelle: DIW-Dienstleistungsumfrage 1999/2000.

den Skeptikern lag der Anteil der Betriebe mit Beschäftigungszunahme dagegen nur bei 18%. An der Beschäftigungsentwicklung in der Gruppe der Innovatoren wird jedoch auch die Ambivalenz der IuK-Technik sichtbar, die sich aus dem mit ihr verbundenen Rationalisierungspos-

Tabelle 6

Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung nach IuK-Anwendertypen

	IuK-Anwendertyp		
	Innovatoren	Alle Betriebe	Skeptiker
Anteile in %			
Die Zahl der Beschäftigten ist 1999/97 ...			
gefallen	25,0	21,2	19,5
gleich geblieben	17,2	37,1	62,8
gestiegen	57,8	41,7	17,7
Umsatzzunahme 1998/97 ...			
bis 5%	37,7	44,4	57,0
5 bis 15%	17,0	21,8	19,4
über 15%	45,3	33,8	23,7
Erwartete Zunahme des Umsatzes 1999/98 ...			
bis 5%	39,6	52,3	64,9
5 bis 15%	18,9	20,8	12,4
über 15%	41,5	26,8	22,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: DIW-Dienstleistungsumfrage 1999/2000.

tential ergibt. Ein Viertel der intensiven Anwender von IuK-Vernetzungstechnik gab an, dass sich die Zahl der Arbeitskräfte verringert hat. Dieser Wert liegt ebenfalls über dem Durchschnitt aller befragten produktionsorientierten Dienstleister (21 %).

IuK-Einsatz, Arbeitsteilung und Leistungsfähigkeit der Betriebe

Die produktionsorientierten Dienstleister wurden auch nach den Wirkungen des IuK-Einsatzes in ihren Unternehmen befragt. Sie lassen sich vier Bereichen zuordnen:

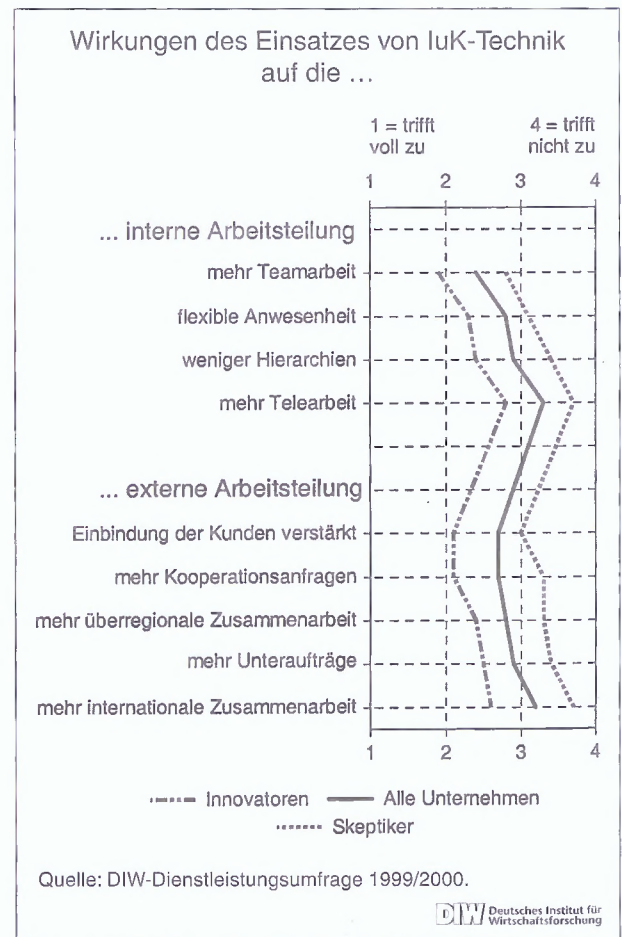
- Folgen für die interne Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation (Teamarbeit, Zahl der Hierarchieebenen, Arbeitszeitflexibilität, Telearbeit);
- Folgen für die externe Arbeitsteilung (Intensität des Kundenkontaktes, Zahl und räumliche Verteilung von Kooperationspartnern, Auslagerung von Arbeitsschritten);
- Folgen für die Qualität der eigenen Dienstleistung (Bearbeitungsfristen, kundenspezifische Lösungen, Zahl der Kunden);
- Folgen für die geforderten Arbeitsqualifikationen (Qualifikation allgemein, Grad der Selbständigkeit, Breite des Tätigkeitsspektrums, Grad der Spezialisierung, Anteil von Routinetätigkeiten).

Die Betriebe sollten jeweils beantworten, wie stark sie

die Wirkungen der IuK-Technik einschätzen, wobei eine Skala von 1 (trifft voll zu) bis 4 (trifft nicht zu) vorgegeben wurde. Ein Wert unter 2,5 bedeutet damit, dass die überwiegende Zahl der Betriebe eine Wirkung festgestellt hat. Ein Wert von über 2,5 bedeutet hingegen, dass die Betriebe in der Mehrzahl keine oder nur eine geringe Wirkung wahrgenommen haben.

Betrachtet man wiederum die beiden Gruppen — IuK-Innovatoren und IuK-Skeptiker —, so sind die Diskrepanzen bei der Beurteilung der IuK-Technikfolgen für die interne und externe Arbeitsteilung am größten (Abbildung 3). Die Mehrzahl der Innovatoren, die sich durch einen höheren Grad an interner und externer Vernetzung auszeichnen, stellen spürbare Wirkungen in nahezu allen Dimensionen fest, die eine stärkere Arbeitsteilung anzeigen. Dies gilt insbesondere für eine größere Rolle der Teamarbeit (1,9), für die stärkere Einbeziehung von Kunden in den Prozess der Leistungserstellung (2,1) und für eine höhere Zahl von Kooperationspartnern (2,1). Demgegenüber wurden in dieser Anwendergruppe keine nennenswerten Wirkungen im Hinblick auf die Zunahme internationaler Kooperationen (2,6) oder von Telearbeit (2,8) festgestellt. In der Gruppe der IuK-Skeptiker lagen

Abbildung 3



die Durchschnittswerte für diese Wirkungsdimensionen sämtlich über 2,5 (von 2,8 bis 3,7), d.h. von der Mehrzahl der Betriebe aus dieser Gruppe wurden keinerlei Folgen des IuK-Technikeinsatzes für die interne und externe Arbeitsteilung wahrgenommen.

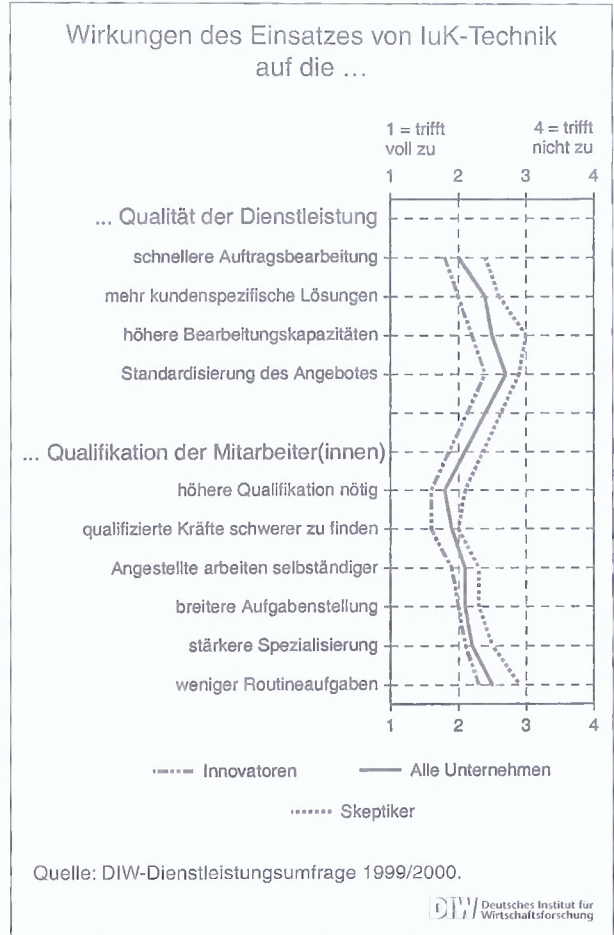
Weniger stark auseinander geht die Beurteilung der Wirkungen auf die Qualität der eigenen Dienstleistungen (Abbildung 3). Während allerdings in der Gruppe der Innovatoren spürbare Effekte hinsichtlich einer schnelleren Auftragsbearbeitung (1,9), mehr kundenspezifischen Lösungen (2,0) und einer größeren Kundenzahl (2,2) festgestellt wurden, gilt dies in der Gruppe der Skeptiker nur für die Schnelligkeit der Auftragsbearbeitung (2,4). Die unterschiedliche Beurteilung der IuK-Technikfolgen in diesem Wirkungsbereich lässt auch indirekte Rückschlüsse auf Zusammenhänge zwischen der internen und externen Vernetzung und dem wirtschaftlichen Erfolg zu. Offensichtlich sind diejenigen Unternehmen am erfolgreichsten, die es verstehen, das Potential der IuK-Technik nicht allein für eine effizientere Leistungserstellung, sondern auch zur Ausdifferenzierung ihres Leistungsangebotes und zur Erweiterung ihrer Märkte zu nutzen.

Am geringsten sind die Unterschiede in der Beurteilung der Folgen des IuK-Einsatzes für die Anforderungen an die Mitarbeiterqualifikation. Beide Anwendergruppen sehen steigende allgemeine Qualitätsanforderungen, die sich insbesondere aus einer breiteren Aufgabenstellung und aus einer größeren Selbständigkeit in der Aufgabenerfüllung ergeben. In der Konsequenz sehen beide Gruppen dadurch auch größere Schwierigkeiten, ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Dieses Problem wird in der Gruppe der Innovatoren stärker gewichtet als in der Gruppe der Skeptiker. Ein entscheidender Engpass an qualifizierten Arbeitskräften, der die Einführung von IuK-Techniken zur internen und externen Vernetzung wesentlich behindert, kann hieraus allerdings nicht abgeleitet werden. Vielmehr zeigen die Antworten der Betriebe, dass mit dem Einsatz moderner IuK-Techniken immer auch ein großer Bedarf an einer entsprechenden Weiterqualifikation der eigenen Mitarbeiter einhergeht.

Fazit

In den produktionsorientierten Dienstleistungsbetrieben sind mittlerweile über die Hälfte aller Arbeitsplätze mit einem PC ausgestattet. Die PC-Dichte ist dabei in Kleinbetrieben im Mittel höher als in Großbetrieben. Eine hohe PC-Dichte allein führt jedoch nicht automatisch zu einer Steigerung der Produktivität. Die Erfahrung zeigt vielmehr, dass nennenswerte Effizienzgewinne erst mit einem hohen Grad an interner und externer Vernetzung und der dadurch möglichen Reorganisation der unternehmensinternen und unternehmensübergreifenden Arbeitsprozesse entstehen.

Abbildung 4



Die DIW-Umfrage in den Wirtschaftsbereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Wohnungswesen, Vermietung und Dienstleistungen für Unternehmen hat besonders unter den Kleinunternehmen mit bis zu vier sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine weit verbreitete Skepsis gegen die Nutzung von E-Mail und Internet-Kommunikation sowie gegen den Einsatz von groupware/workflow-Systemen und lokalen Datennetzen (Intranets) ergeben. Dies ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht unverständlich, da Firmen, die intensive Anwender dieser IuK-Vernetzungstechniken sind, ein deutlich höheres Umsatz- und Beschäftigtenwachstum aufweisen als Betriebe, die deren Einsatz als eher skeptisch beurteilen.

Die Zurückhaltung gegenüber modernen IuK-Techniken ist auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht problematisch, da die Effizienz der unternehmensorientierten Dienstleister in Deutschland ein wesentlicher Faktor im internationalen Standortwettbewerb ist. Der Staat kann auf zweifache Weise dazu beitragen, dass dieser vor allem bei kleineren und mittleren Dienstleistungsunternehmen vorhandene Nachholbedarf abgebaut wird. Zum ei-

nen sollte die eigene staatliche Dienstleistungsnachfrage konsequent auf elektronische Transaktionsverfahren umgestellt werden. Zum anderen sollten die existierenden Förderprogramme zur Anwendung von IuK-Technik so erweitert werden, dass ein wesentliches Hemmnis für den Einsatz moderner IuK-Technik — die Notwendigkeit zur

Reorganisation der internen und externen Kommunikationsprozesse in den Unternehmen — berücksichtigt wird. So sollte sich die finanzielle Hilfe nicht auf Hard- und Software-Investitionen beschränken, sondern auch die Kosten der oftmals notwendigen Organisationsberatung mit einschließen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>
Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.
Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Öffentliche Haushalte 2000/2001: Expansive Impulse durch die Steuerreform
Bearbeitet von Dieter Teichmann und Dieter Vesper. —

Unternehmensorientierte Dienstleister: Noch Nachholbedarf bei der Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnik
Bearbeitet von Wolfgang Seufert.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Straße 172, D-13437 Berlin.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—,
zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304